



Nr. 408 | 15.10.2021

Russland-Analysen

Die deutsch-russischen Beziehungen nach den Wahlen

■ ANALYSE		
Die Bundestagswahl und die deutsch-russischen Beziehungen		2
Artem Sokolov (Moskauer Staatliches Institut für Internationale Beziehungen, Moskau)		
■ ANALYSE		
Im »Wettstreit der Systeme« –		
Chancen für eine neue Russlandpolitik nach der Bundestagswahl		5
Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik IFSH, Hamburg)		
■ KOMMENTAR		
Die deutsche Russlandpolitik und das russische Gesetz über »ausländische Agenten«		9
Oxana Schmies (Berlin)		
■ UMFRAGEN		
Meinungsumfragen zu deutsch-russischen Beziehungen		12
■ DOKUMENTATION		
Ausgewählte Publikationen über die deutsch-russischen Beziehungen		17
■ DOKUMENTATION		
Vorschläge und Empfehlungen zu den EU-Russland-Beziehungen		22
<hr/>		
■ DEKODER		
Novaya Gazeta		24
Mandy Ganske-Zapf		
■ DEKODER		
Muratows Krawatte und der Friedensnobelpreis		25
Andrej Kolesnikow (Carnegie Center, Moskau)		
<hr/>		
■ CHRONIK		
Covid-19-Chronik, 27. September – 09. Oktober 2021		28
<hr/>		
■ CHRONIK		
28. September – 08. Oktober 2021		29

Die Bundestagswahl und die deutsch-russischen Beziehungen

Artem Sokolov (Moskauer Staatliches Institut für Internationale Beziehungen, Moskau)

DOI: 10.31205/R.A.408.01

Zusammenfassung

Im Bundestagswahlkampf 2021 gab es keine intensiven Debatten zu außenpolitischen Fragen. Die deutsch-russischen Beziehungen waren da keine Ausnahme. Die Fortführung eines Dialogs zwischen Berlin und Moskau ist einer der Punkte, zu dem in der deutschen Politik ein Konsens besteht. Eine zukünftige Bundesregierung wird den Kompromissansatz von Angela Merkel gegenüber Russland fortführen, ganz gleich, wie die Koalition zusammengesetzt ist. Das erschwert das Entstehen einer positiven Dynamik im deutsch-russischen Dialog, verhindert aber auch, dass er einfriert.

Wahlkampf ohne Außenpolitik

Die Bundestagswahlen 2021 waren mit die spannendsten und am heftigsten umkämpften in der jüngeren Geschichte Deutschlands. Der Wahlkampf war von einer intensiven Debatte begleitet, wie man mit dem Erbe der Ära Merkel umgehen soll. Die Verfechter:innen eines konservativen Ansatzes stehen Kritiker:innen von rechts und links gegenüber.

Außenpolitische Fragen spielten in den Wahlkampfdebatten nur am Rand eine Rolle, viel häufiger wurden wirtschafts- und sozialpolitische Fragen diskutiert. Der relativ enge konzeptionelle Rahmen der außenpolitischen Diskussion ließ den Wahlkämpfenden nur wenig Raum für prägnante Initiativen oder Statements. Der relativ träge Charakter der deutschen Außenpolitik, der auf einem Konsens der politischen Kräfte über grundlegende Aspekte der deutschen Diplomatie beruht, ließ zu diesem Bereich keine heftigen Debatten erwarten. Mit außenpolitischen Themen konnte man kaum politisch punkten, stand aber in der Gefahr, durch unvorsichtige Aussagen Fehler zu machen.

Selbst Parteien wie *Die Linke* oder die *Alternative für Deutschland*, die sich gegen eine Reihe von Konstanten der deutschen Außenpolitik bezüglich der transatlantischen Geschlossenheit wenden, wollten ihren Wahlkampf nicht darauf aufbauen. Forderungen der *Grünen* nach einem Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland sind ein Erbe aus dem Kalten Krieg und nehmen sich heute wie ein klarer Anachronismus aus.

Russland in der deutschen Wahlkampfdebatte

Es überrascht kaum, dass das Thema deutsch-russische Beziehungen in der Wahlkampfdebatte kaum präsent war. Die einzige Frage, die hier eine Rolle spielte, war wohl die Gaspipeline *Nord Stream 2*. Die wurde allerdings nicht nur mit Blick auf die deutsch-russischen Beziehungen diskutiert, sondern auch im Kontext der

europäischen Energiesicherheit und des Umweltschutzes. Der Abschluss der Bauarbeiten an der Ostseepipeline, der von massivem Druck aus den USA und einer Reihe EU-Länder begleitet war, hatte die deutsche Politik dazu genötigt, die wirtschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands in ein neues Verhältnis zu setzen. Allein Vertreter:innen der *Grünen* sprachen sich für einen Stopp des Projektes aus, allerdings ohne die für diese Partei typische emotionale ideologische Aufladung.

Auch *Die Linke* und die *AfD*, die traditionell als mit Moskau »sympathisierend« gelten, zeigten wenig Interesse, die Frage der Beziehungen zu Russland zu thematisieren. Beide Parteien ließen sich von pragmatischen Überlegungen leiten und hielten sich eher bedeckt. Die Rechtspopulisten mussten in einer für sie aggressiven politischen Umgebung ihre Stellung festigen. Das konnte nur dadurch erfolgen, dass man seine Präsenz im Bundestag bewahrt oder ausbaut. Im Falle der *AfD* war dies nur durch Kritik an der Regierung möglich, und dafür sind die Außenpolitik und das Thema Russland nicht wirksam genug. *Die Linke* befand sich in einer ähnlichen Situation; für sie war es einfacher, sich bei den Wahlen auf soziale Fragen zu konzentrieren, um den Kern ihrer Wähler:innenbasis zu stärken.

Selbst wenn die eine oder andere angesehene politische Kraft in Deutschland den Wunsch gehabt hätte, bei den Wahlen in einem positiven Sinne eine Russland-Karte zu spielen, so wäre zudem nicht ganz klar, wie dann die Rhetorik aussehen sollte. Eine Forderung nach Aufhebung der Sanktionen wäre fest mit der Ukraine-Frage verknüpft, bei der Deutschland nicht bereit ist, seinen Ansatz zu ändern. Die deutschen Unternehmen haben sich insgesamt auf die Einschränkungen eingestellt. Sie würden von einem ernsthaften Kampf für eine Beendigung der Sanktionen lieber Abstand nehmen.

Sogar die Frage einer russischen Einmischung in die Wahlen, die im Westen gewöhnlich so heftig debattiert wird, ist in Deutschland kaum von Expert:innen oder in den Medien aufgeworfen worden. Expert:innen der

DGAP gehen davon aus, dass das Aktivitätsniveau russischer Hacker:innen davon abhängen würde, wie die Umfragewerte der *Grünen* aussehen. Die zunehmende Beliebtheit dieser Partei, die der russischen Außenpolitik am kritischsten gegenübersteht, ist nicht im Interesse Moskaus. Daher war die Ansicht verbreitet, dass die russische Führung zu einem Eingriff von außen übergehen könnte, um die Umfragewerte zu beeinflussen. Als dann die Werte der Grünen tatsächlich zurückgingen, war keine Rede davon, dass dies aufgrund einer Einmischung von außen geschehen sein könnte. Niemand bezweifelte, dass die Fehler der »Ökopartei« hausgemacht waren. Die hohen Umfragewerte der Volksparteien CDU/CSU und SPD haben nach Ansicht deutscher Expert:innen den Kreml nicht alarmiert, da von diesen Parteien eine Fortführung des gemäßigten Kurses gegenüber Moskau erwartet wurde.

In Russland selbst sorgten die Wahlen in der Bundesrepublik nicht für eine gespannte Aufmerksamkeit, die mit der bei den Präsidentschaftswahlen in den USA vergleichbar wäre. Die russischen Medien und Expert:innen verfolgten zwar die wichtigsten Wendungen des Wahlkampfes, doch erschwerte die hohe Ungewissheit eine solide Prognostizierung des Wahlausgangs. Für das breite Publikum in Russland waren die deutschen Wahlen nicht jenes Schauspiel und jener personalisierte Wettkampf wie die Wahlen in den USA. Hierin ist ein Grund für das begrenzte Interesse zu sehen. Die Einschätzung der meisten Expert:innen stimmen in der These überein, dass die deutsch-russischen Beziehungen von Kontinuität geprägt sein werden. Da die *Grünen* keine Aussicht mehr auf das Kanzleramt haben, hat sich die Diskussion über mögliche negative Folgen eines Regierungswechsels in Deutschland beruhigt. Nach der Verkündung des vorläufigen Endergebnisses erklärte Dmitrij Peskow, Pressesprecher von Präsident Putin, Moskau rechne damit, dass der Dialog mit einer neuen deutschen Bundesregierung fortgeführt werde.

Konstanten und Variablen in den deutsch-russischen Beziehungen

Russland ist wie China ein Land, bei dem Berlin einen besonderen diplomatischen Ansatz für die gegenseitigen Beziehungen finden muss. Nach 2014 hat Deutschland seine Rolle als »Anwalt Moskaus« gegenüber der Gemeinschaft westlicher Staaten, die es in den 1990er Jahren innegehabt hatte, endgültig abgelegt. Russland wiederum hat den multivекtoralen Ansatz seiner Außenpolitik verstärkt. Die Diskussion zwischen Expert:innen in Deutschland und Russland hat ein allgemeines Verständnis darüber aufgezeigt, dass in den Beziehungen zwischen Berlin und Moskau eine neue Phase begonnen hat.

Das bedeutet nicht, dass die deutsch-russischen Beziehungen hoffnungslos zerrüttet wären oder ihren

besonderen Charakter verloren hätten. Sie haben sich lediglich in dem Maße verändert, wie sich das gesamte internationale Umfeld gewandelt hat. Die Russische Föderation und die gegenwärtige Bundesrepublik sind als Staaten gleichsam Altersgenossen. In den vergangenen 30 Jahren haben sie in der Weltpolitik jeweils eine neue Qualität erlangt. Russland benötigt nicht mehr die Dienste eines »Beistands« gegenüber dem Westen, während Deutschland auf der internationalen Bühne seine Rolle als unabhängiger Akteur verstärkt.

Gleichwohl bleiben in den deutsch-russischen Beziehungen eine Reihe Konstanten bestehen, die die Funktion einer tragenden Konstruktion erfüllen. Zweifellos sind Russland und Deutschland füreinander als Handels- und Wirtschaftspartner wichtig. Weder die Sanktionen noch das Coronavirus haben hier die etablierten Verbindungen ernsthaft beschädigen können. Die Struktur des Handels zwischen Berlin und Moskau wird allmählich komplexer. Sie lässt sich immer weniger mit dem Schema »Ressourcen im Austausch für Technologien« beschreiben.

Das auf vielen Ebenen angesiedelte System der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland entwickelt sich in den Bereichen Wissenschaft, Bildung, Kultur und lokale Selbstverwaltung weiter. So fand im Sommer 2021 im russischen Kaluga ein Forum der an Städtepartnerschaften beteiligten Städte aus Russland und der Bundesrepublik statt. Auch im Rahmen der regelmäßigen Programme unter dem Titel »Deutschlandjahr in Russland« werden zahlreiche Veranstaltungen ausgerichtet. Einerseits gehört »Russland verstehen« heute in Deutschland zum schlechten Ton, andererseits ist die Nachfrage nach hochwertiger Analyse über Russland im deutschen medialen Raum offensichtlich. Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass die Diskussion unter Expert:innen in Deutschland über das »Besondere« der Beziehungen zu Russland im Vergleich zum übrigen Westen ein unikales intellektuelles Phänomen darstellt und ein wichtiger Bestandteil der Agenda der bilateralen Beziehungen ist.

Somit ruht das Gerüst der deutsch-russischen Beziehungen auf wechselseitigen wirtschaftlichen Interessen und einer festen Struktur der zwischengesellschaftlichen Verbindungen. Das ist ausreichend, um die bilateralen Beziehungen nicht ins Negative oder gar in ein Konfrontationsszenario abgleiten zu lassen. Es reicht allerdings nicht aus, um den deutsch-russischen Beziehungen ohne Anstrengungen der russischen und deutschen Seite einen neuen qualitativen Inhalt zu geben.

Die zukünftige Bundesregierung und die deutsch-russischen Beziehungen

Die Zusammensetzung der zukünftigen Regierungskoalition steht noch nicht fest. Die Sondierungen und

Verhandlungen zielen auf eine mögliche Ampelkoalition aus SPD, *Grünen* und FDP oder eine Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, *Grünen* und der FDP. Beide Varianten einer Regierungskoalition würden eine Fortführung der derzeitigen Politik Angela Merkels in ihren grundlegenden Aspekten gegenüber Moskau bedeuten. Allgemein ist das als Kombination aus einer Zusammenarbeit in Bereichen zu verstehen, in denen gemeinsame Interessen bestehen, und als Konfrontation in jenen Bereichen, in denen bislang keine Kompromisse gefunden werden können.

Ungeachtet der intensiven Diskussion um die Ostseepipeline *Nord Stream 2* wird eine neue Bundesregierung dieses Projekt weiter unterstützen. Trotz des fortgesetzten Drucks von Seiten der USA und einer Reihe EU-Mitgliedsstaaten dürfte sich die Haltung der Bundesrepublik hier nicht ändern. Eine neue deutsche Regierung könnte womöglich versuchen, Verhandlungen mit Moskau über zusätzliche Garantien für den Gastransit durch die Ukraine zu initiieren, um nach der Inbetriebnahme von *Nord Stream 2* dort eine volle Auslastung zu gewährleisten.

Mit dem zwischengesellschaftlichen Dialog ist es etwas komplizierter. Für verstärkte Kontakte zwischen den Zivilgesellschaften in Russland und Deutschland sprechen sich formal alle deutschen Parteien aus, auch die *Grünen*. Das Problem ist, dass kein einheitliches Verständnis darüber besteht, wer diese Zivilgesellschaften repräsentiert und wie die Zusammenarbeit aufgebaut werden soll, und zwar sowohl zwischen Moskau und Berlin wie auch innerhalb der Bundesrepublik. Das ist auf bedauerliche Weise durch die Situation um den *Petersburger Dialog* deutlich geworden, dessen Arbeit ausgesetzt wurde. Einige politische Kräfte in Deutschland sind überzeugt, dass ein Dialog der Zivilgesellschaften Vorrang hat, bei dem auf russischer Seite Angehörige der außersystemischen Opposition beteiligt sind, was in Moskau wiederum für Irritationen sorgt und als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes betrachtet wird. Diese Logik lag der Entscheidung der russischen Regierung zugrunde, die Tätigkeit einer Reihe deutscher NGOs in Russland zu verbieten.

Es ist kaum möglich, anhand der Wahlprogramme der einzelnen Parteien eine realistische Prognose zu den deutsch-russischen Beziehungen zu stellen. Keine der Parteien ist in der Lage, eine absolute Mehrheit zu erringen und damit die Möglichkeit zu erhalten, ihre Wahlversprechen in vollem Umfang umzusetzen. Gewisse Anhaltspunkte hinsichtlich der außenpolitischen Positionierung dürften sich erst bei der Ausarbeitung des Koalitionsvertrags ergeben. Allerdings ist es auch so, dass dessen Bestimmungen in der Praxis nur selten vollständig umgesetzt werden.

Nicht nur der zukünftige Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin wird über die deutsch-russischen Beziehungen bestimmen, sondern auch der oder die Außenminister:in. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Auswärtige Amt von einem/einer Vertreter:in derjenigen Partei geleitet werden, die in der Koalition die mittlere oder kleinste Kraft darstellt. Somit haben die *Grünen* oder die FDP gute Chancen, den oder die Außenminister:in zu stellen.

Eine grüne Leitung des Auswärtigen Amtes dürfte dazu führen, dass die spezifische werteorientierte Rhetorik Berlins gegenüber Moskau intensiver wird. Das würde dann weniger Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes betreffen, wo Russland bereits eigene Erfahrungen gesammelt hat und viele Projekte umsetzt, sondern vielmehr Fragen der Menschen- und Bürgerrechte, die u. a. auf eine Stärkung der außersystemischen Opposition, der LGBTI+-Bewegung oder der nationalen Minderheiten in Russland abzielen. Da es sich jedoch um eine Koalitionsregierung handelt, wird das von allen Beteiligten hinsichtlich der ideellen Ausrichtung Kompromissbereitschaft erfordern. Die *Grünen* werden genötigt sein, die Ansichten der anderen Parteien zu berücksichtigen, die bei der Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen andere Ansätze verfolgen – und sie werden die eigene Position korrigieren müssen.

Interessant sind die Erklärungen der Sozialdemokraten über eine Wiederbelebung der Ostpolitik von Willy Brandt. Die Parteiführung vermeidet zwar klare Aussagen darüber, wie der konkrete Inhalt einer solchen Politik aussehen soll, doch kann das Bestreben der SPD, sich auf eine positive Phase der deutsch-russischen Beziehungen zu stützen, als vielversprechender Impuls betrachtet werden. Wichtig ist hier allerdings zu verstehen, dass eine buchstäbliche Wiederholung einer Politik, die unter den Bedingungen des Kalten Krieges und einer bipolaren Weltordnung verfolgt wurde, heute kaum möglich ist.

Jedenfalls wird die deutsche Russlandpolitik nach der Regierungsbildung weiterhin auf dem traditionellen Fundament aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbindungen zwischen beiden Ländern ruhen. Dass der Dialog mit Russland ungeachtet aller Schwierigkeiten fortgeführt werden muss, ist genauso ein Konsens in der deutschen Politik wie der Vorrang der transatlantischen Beziehungen. Zu dieser Frage hat es in diesem Bundestagswahlkampf keine wesentlichen Debatten gegeben.

Ein Indikator für den Erfolg einer deutsch-russischen Zusammenarbeit wäre die Anbahnung neuer, mit *Nord Stream 2* vergleichbarer Großprojekte. Durch gemeinsame Initiativen dieser Art kann das beträchtliche Potenzial der bilateralen Zusammenarbeit akkumu-

liert werden, indem sich neue Akteure beteiligen. Das Potenzial für neue deutsch-russische Projekte liegt u. a. in den Bereichen wasserstoffbasierte Energiegewinnung, Digitalisierung, Umweltschutz und Modernisierungsinitiativen für Infrastrukturobjekte in Russland. Allerdings fehlt hier außer den formalen Voraussetzungen

zur Umsetzung der Projekte auch der politische Wille in Berlin und Moskau.

Stand: 07.10.2021

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Dr. Artem Sokolov ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO-Universität) in Moskau. Er hat 2011 die Historische Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität mit Auszeichnung absolviert. 2016 verteidigte er seine Dissertation zum Thema »Die Evolution des gesellschaftlichen Status und die moralischen und politischen Ansichten des deutschen Offizierskorps 1918–1939«. Er ist Träger der Peter-Bönisch-Preises (2019). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Außen- und Innenpolitik Deutschlands, deutsche Geschichte sowie die europäische Integration.

Lesetipps

- Tatlow, Didi Kirsten; Dr. András Rácz: Assessing China and Russia's Influence on the German Parliamentary Election [=DGAP Kommentar], 06. August 2021, <https://dgap.org/de/node/35613>
- Lukjanow, Fjodor: Im Osten was Neues, in: *International Politics and Society*, 12.10.2020, <https://www.ips-journal.eu/topics/foreign-and-security-policy/russia-and-the-west-dont-need-each-other-anymore-4730/>

ANALYSE

Im »Wettstreit der Systeme« – Chancen für eine neue Russlandpolitik nach der Bundestagswahl

Regina Heller (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik IFSH, Hamburg)

DOI: 10.31205/R.A.408.02

Zusammenfassung

Mit der Bundestagswahl und der anstehenden Regierungsbildung besteht eine Chance, die deutsche Russlandpolitik neu aufzustellen. Alle relevanten Parteien haben in ihren Programmen Vorschläge gemacht, wie das schwierige Verhältnis zu Russland künftig gestaltet werden soll. Dabei werden die Beziehungen vor allem im Kontext eines globalen »Systemwettstreits« zwischen Demokratien und Autokratien verortet. Für eine zielgerichtete Politik wäre es wichtig, im Spannungsverhältnis zwischen Kooperation und Abgrenzung intelligente Instrumente zu entwickeln, die zum einen die machtpolitischen Interessen und Kosten-Nutzen-Kalküle des Kremls konsequenter mitdenken und zum anderen stärker auf den Schutz und die Resilienz der offenen Gesellschaften des Westens ausgerichtet sind.

Die deutsche Russlandpolitik auf dem Prüfstand

Bei der Bundestagswahl 2021 ging es vor allem um die Dringlichkeit eines »inneren Aufbruchs« in Deutschland – um Klimaschutz und Digitalisierung, und um die Frage, wie und wer das Land für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fit machen kann. Außen- und sicherheitspolitische Themen spielten dabei keine große Rolle, obwohl auch hier die vielgestaltigen Krisen,

Konflikte und strukturellen Veränderungen im internationalen System ein Umdenken und neue, zukunftsfähige Ansätze in der deutschen Politik erfordern würden. Auch die deutsche Russlandpolitik steht auf dem Prüfstand. Denn zu tun hat es Deutschland mit einem nach außen aggressiver auftretenden und nach innen zunehmend autoritär regierten Land, dessen Politik in den letzten Jahren der europäischen und internationalen Sicherheit Schaden zugefügt hat und das zudem ver-

mehrt versucht, in die Gesellschaften westlicher Demokratien hineinzuwirken und das Vertrauen in die liberale Demokratie zu untergraben.

Die deutsche Russlandpolitik hat bislang versucht, mit Mitteln des gleichzeitigen Einbindens und Einhegens einen Umgang mit dem Kreml zu finden, d. h.: Dialog und interessenbasierte Kooperation mit Moskau auf der einen und Abgrenzung und Sanktionierung von Völkerrechtsverstößen auf der anderen Seite. Auf diese Weise sind die vielfältigen Konflikte mit Russland vielleicht nicht gelöst, aber in einigen Fällen, etwa im Donbas-Konflikt, temporär abgemildert worden. In vielen anderen Fällen hat die deutsche Politik jedoch die Konflikte nicht entschärfen und vor allem Moskau auch nicht davon abhalten können, weiter den Pfad der Autokratisierung und der Feindseligkeit gegenüber dem Westen zu gehen.

Die Wiederentdeckung des »Systemwettstreits« in Russland und im Westen

Dabei hat Moskau sowohl rhetorisch als auch faktisch stark gegen den Westen aufgerüstet. Im offiziellen Diskurs ist der Westen über die letzten Jahre hinweg immer mehr zum Feindbild stilisiert und das westliche Gesellschaftsmodell und seine politische Ordnung als unvereinbar mit den Vorstellungen in Russland dargestellt worden. Dem liberalen Gesellschaftsmodell ist ein konservativer Entwurf entgegengestellt worden, und Russland wird nun auch nicht mehr als »europäisches«, sondern »eurasisches« Land definiert. Außerdem befindet sich Russland nach Lesart des Kremls in einem »Propagandakrieg« mit westlichen Medien, die der russischen Regierung ihre Legitimität absprechen und in einer Auseinandersetzung mit westlichen Mächten, die unter dem Deckmantel der Demokratieförderung die Regierung in Moskau zu stürzen trachten. All dies wird als Ausdruck westlicher Feindseligkeit betrachtet und rechtfertigt sowohl die rhetorische und militärische Aufrüstung wie auch alle Maßnahmen, die liberale und demokratische Einflüsse in Russland abwehren sollen, darunter auch das Verbot »staatsgefährdender« Nichtregierungsorganisationen aus dem In- und Ausland.

Mit seiner anti-westlichen Rhetorik und Praxis suggeriert Moskau also, dass es sich in einem substanziellen Werte- und Systemkonflikt mit dem Westen befindet. Bei genauerer Betrachtung entpuppt der sich allerdings als reiner Machtkonflikt. Anders gesagt: Russlands Konflikt mit dem Westen ist nicht ideologisch angeleitet, sondern machtgetrieben. Denn die anti-westliche Rhetorik hat(te) für den Kreml in erster Linie eine innenpolitische Funktion: die russische Bevölkerung in Ermangelung anderer, insbesondere wohlstandsorientierter Legitimationsgrundlagen zu mobilisieren und mithilfe

der Erzählung einer massiven äußeren Bedrohung und dem Wachrufen einer Erinnerung an die Großmacht Russland den Machterhalt des autoritären Regimes in Zeiten ökonomischer Schwäche zu garantieren. Der machtpolitische Nutzen einer anti-westlichen Politik ist für den Kreml größer als die damit verbundenen politischen oder wirtschaftlichen Kosten.

Die Tatsache, dass sich der Kreml in einen Systemkonflikt hineingeredet und aus dieser Logik heraus auch eine Politik entwickelt hat, die systemkonfrontativen und systemangreifenden Charakter hat, führte dazu, dass im Westen die Beziehung zu Russland nun auch im Kontext der generelleren Frage diskutiert wird, wie sich die offenen und liberalen Gesellschaften gegenüber einflussreichen autoritären Staaten, worunter in erster Linie China, aber eben auch Russland gezählt werden, und ihren zunehmend aggressiven innen- und außenpolitischen Strategien aufstellen können. Damit ist insbesondere die Frage aufgeworfen, welches Gesellschafts- und Ordnungsmodell im globalen »Wettstreit der Systeme« die besseren Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bereithält.

Daher erfährt aktuell auch im Westen die Vorstellung von einem »Wettstreit der Systeme« Auftrieb. Das Narrativ stammt ursprünglich aus dem Kontext des Systemantagonismus des 20. Jahrhunderts und beschreibt die »kalte«, d. h. die nichtkriegerische Auseinandersetzung und den Konkurrenzkampf zwischen den USA und der Sowjetunion und ihren unterschiedlichen Systemen. Neu entdeckt worden ist der Begriff im Zuge des ökonomischen Aufstiegs Chinas und der damit einhergehenden relativen Schwächung der USA und des Westens insgesamt. Auch China fordert das liberale Modell heraus, indem es seinen Erfolg im globalen wirtschaftlichen Wettbewerb auf der Ein-Parteien-Herrschaft und auf staatskapitalistischen Methoden aufbaut, und es so vermag, andere Regionen der Welt in eine zunehmende ökonomische Abhängigkeit zu treiben.

So scheint es nur folgerichtig, dass der Westen eine Erzählung entwickelt, bzw. auf bestehende narrative Strukturen zurückgreift, die die normative Dimension dieses neuen Konkurrenzkampfs zwischen Demokratien und Autokratien zu fassen versuchen. Im Zentrum stehen dabei die struktur- wie orientierungsgebenden sowie verbindenden Werte des westlich geprägten Liberalismus: Demokratie, Menschenrechte, offene Märkte, Multilateralismus. Zuletzt hat der US-amerikanische Präsident Joe Biden den Diskurs um den »Wettbewerb der Systeme« und die Vorstellung, die »freie Welt« sei in Gefahr, weiter befüllt. Als Gegenantwort zu den Versuchen seines Vorgängers Donald Trump, mit populistisch Methoden im Alleingang und ohne Rücksichtnahme auf die westlichen Partner den Konkurrenzkampf mit China aufzunehmen, hat Biden im Sommer 2021 den

Westen wieder zu einen versucht und seine Verbündeten mit der Idee der »Gemeinschaft der Demokratien« zur gemeinsamen Verteidigung liberaler Werte und einer westlich-liberal geprägten Weltordnung gegenüber autoritären Mächten aufgerufen (<https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-01-23/why-america-must-lead-again>).

Systemwettstreit mit Russland? Die Positionen der Parteien und die Rolle westlicher Werte im Wahlkampf

Dass sich die Beziehungen zu Russland in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert haben, ist auch den Parteien im letzten Deutschen Bundestag nicht verborgen geblieben. Mit Ausnahme der AfD waren sich alle Parteien im Wesentlichen in ihrer Einschätzung einig, dass Russland im Inneren autoritärer und im Äußeren aggressiver auftritt und dass diese Entwicklungen Deutschland und die deutsch-russischen Beziehungen vor besondere Herausforderungen stellt (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-de-russlandpolitik-843426>). Allerdings haben die Parteien zum Teil recht unterschiedliche – wenn auch kaum sichtbare – Angebote im Wahlkampf unterbreitet, wie diesen Herausforderungen zu begegnen sei. Einige der potenziellen künftigen Regierungsparteien insinuierten dabei das Narrativ vom »Wettstreit der Systeme«, insbesondere auch dort, wo es um ihre Positionen zu Russland ging.

So konstatierte das Wahlprogramm von CDU/CSU eine »Systemrivalität« zwischen Autokratien und Demokratien um den »globalen Gestaltungsanspruch im 21. Jahrhundert«, wobei Russland aktiv die Werte des Westens herausfordere und auch vor offenen Drohungen gegen westliche Verbündete nicht zurückschreke. Dies verlange eine »entschlossene« Antwort, die zum einen europäische Geschlossenheit und ein stärkeres Augenmerk auf die Länder der europäischen Nachbarschaft, und zum anderen glaubhafte Abschreckung im Kontext der NATO und die Wehrhaftigkeit europäischer Gesellschaften erfordere. Gleichzeitig sprach sich die CDU für eine Fortsetzung der selektiven Zusammenarbeit in Bereichen gemeinsamen Interesses – hier vor allem in der Klimapolitik – aus (s. Seiten 6 und 9–10 im Programm der CDU/CSU, abrufbar unter <https://www.ein-guter-plan-fuer-deutschland.de/>).

Der Wettstreit der Systeme spielte im SPD-Wahlprogramm lediglich im Kontext »Europa stärken« eine Rolle, nicht aber in Bezug auf Russland. Hier mischte sich allerdings die traditionell kooperativ ausgerichtete Haltung mit einer neuen Vorsicht. Zwar sind die Sozialdemokratien im Kern dabei geblieben den antagonistischen Dynamiken in den Beziehungen zu Moskau durch eine kooperationsorientierte Politik in Felder

»gemeinsamer Sicherheit« zu begegnen. Allerdings war dem Wahlprogramm auch die Enttäuschung über die vielen »Rückschläge« in den Beziehungen zu Russland anzumerken, insbesondere darüber, dass dem Kreml momentan der Wille zum »konstruktiven Dialog« zu fehlen scheint (s. Seiten 59–60 im Programm der SPD, abrufbar unter <https://www.spd.de/respekt/>). Im Sinne des Wahlprogramms kündigte auch SPD-Spitzenkandidat Olaf Scholz an, dass er sich trotz allem in der Russlandpolitik in Zukunft an den positiven Erfahrungen der Ostpolitik orientieren wolle, diese aber stärker europäisch eingebettet sein müsse. Dialog und Verständigung, z. B. im Rahmen der OSZE, seien dabei wichtige Bausteine; die Bereitschaft Deutschlands zur Verständigung dürfe aber nicht ausgenutzt werden. Zudem solle der Fokus auf die Zivilgesellschaft gelegt werden (<https://www.youtube.com/watch?v=w4XIIcT79Mw>).

Die FDP hat ihre Haltung zu Russland in den letzten Jahren deutlich angepasst. Hatte die Partei 2018 noch für die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland plädiert und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit als Schlüssel zur Entspannung definiert, so hat sie in Anbetracht der vielfältigen Konflikte mit Russland sowie der sich verschlechternden Menschenrechtssituation im aktuellen Wahlprogramm eine konsequentere Politik gegenüber Moskau eingefordert (s. S. 49 und 52–53 im Programm der FDP, abrufbar unter <https://www.fdp.de/nie-gab-es-mehr-zu-tun>). Das Wahlprogramm widmete sich ausgiebiger als andere der Politik Russlands, die nicht nur als Bedrohung für die internationale Sicherheit, sondern auch für die freiheitliche Ordnung in westlichen Demokratien angesehen wird. Zwar sieht die Partei weiterhin großes Potenzial in einer gemeinsamen »innovativen« energiepolitischen Zusammenarbeit mit Russland, schreckte aber schon zu Beginn des Jahres nicht mehr davor zurück, ein Moratorium für den Weiterbau der Gaspipeline Nord Stream 2 zu fordern, nachdem hunderte Menschen in Russland aus Protest gegen die Verhaftung Alexej Nawalnyjs auf die Straße gegangen waren (<https://www.fdp.de/bei-nord-stream-2-muss-es-jetzt-ein-moratorium-geben>).

Bündnis 90/Die Grünen haben am deutlichsten im Wahlkampf eine härtere Gangart gegenüber Russland eingefordert. Zudem ist ihre außenpolitische Position am ehesten an liberalen Werten, hier vor allem an der Verwirklichung und Verteidigung der Menschenrechte ausgerichtet. Im Wahlprogramm konstatierte die Partei einen »realen« globalen Systemwettbewerb »mit autoritären Staaten und Diktaturen«, die »nach Hegemonie streben«, die Menschen- und Bürgerrechte »systematisch aushebeln« und »andere Staaten nicht nur in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit« bringen, sondern auch »Europa spalten wollen« (s. Seiten 218 und 229–230 im Programm von Bündnis 90/Die

Grünen, abrufbar unter: <https://www.gruene.de/artikel/wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021>). Russland gefährde durch seine autoritäre Entwicklung und offensive Außenpolitik »Demokratie, Stabilität und Frieden in der EU«. Die Ziele sind ambitioniert: Während einerseits anerkannt wird, dass eine grüne Transformation der Weltwirtschaft ohne die Mitwirkung Chinas oder Russlands nicht zu erreichen sind, plädieren die Grünen für eine Demokratieoffensive zur Unterstützung demokratisch orientierter Akteure, Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit weltweit. Dementsprechend groß ist die Angst des Kremls vor einem grün geführten Auswärtigen Amt, das entweder die gegenwärtige Energiepartnerschaft mit Russland grundsätzlich in Frage stellen oder zumindest gegenüber der russischen Führung deutlich kritischere Töne anschlagen könnte. Nicht ohne Grund war die Spitzenkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, ein vorrangiges Ziel russischer Desinformations- und Diskreditierungskampagnen während des Bundestagswahlkampfes (https://secure.avaaz.org/campaign/de/bundestagswahl_2021/).

Die Positionen von Linken und AfD heben sich deutlich hiervon ab. Zwar stuft auch die Linke die innenpolitischen Entwicklungen Russlands als sehr kritisch ein, führt aber vor allem die Politik des Westens und ignorierte Sicherheitsinteressen Moskaus auf die Negativentwicklungen im Verhältnis zu Russland zurück. Der »Systemwettstreit« ist für die Linke eher Ausdruck eines »Konfrontationskurses« des Westens und insbesondere der USA, die das Ziel verfolgt, die eigene Vormachtstellung gegen China und Russland zu sichern (s. Seite 133 im Programm der Partei die Linke, abrufbar unter <https://www.die-linke.de/wahlen-btw21/wahlprogramm-2021/>). Sie hat daher eine uneingeschränkte Entspannungspolitik gefordert, zu der auch die Umwandlung der NATO in ein gemeinsames Sicherheitssystem mit Russland und die Rücknahme der Sanktionen gehören. Eine ähnlich unkritische Position vertrat die AfD, wobei ihre Vertreter zudem immer wieder eine Argumentationsinversion im Stile Moskaus betreiben, der zufolge Russland nicht nur ein Opfer allgegenwärtiger Aggression, sondern auch Vorbild und Alternative zum liberalen Gesellschaftsmodell ist (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-de-russlandpolitik-843426>).

Nach der Bundestagswahl: welche Art von »Systemwettstreit«?

Aus den Positionen der für die Regierungsbildung relevanten Parteien wird deutlich, dass allen Partikularinteressen zum Trotz das Bemühen zu erkennen ist, den »Systemwettstreit« mit Russland zielgerichtet und zukunftsorientiert auszufüllen. Durch die Verortung Russlands auf der »anderen« Seite im Systemwettbe-

werb sind bei allen Parteien die Erwartungen an Russland deutlich gedämpft, wodurch Raum für eine realistischere Sicht auf die Regimelogik des Kremls entsteht. Gleichzeitig versuchen alle, die so entstandene Antagonisierung Russlands nicht in eine Essentialisierung ableiten zu lassen. Dies bedeutet, dass bei aller systembezogenen Abgrenzung das »andere« Russland auch in seiner gesellschaftlichen und politischen Vielfalt gesehen werden kann. Hierdurch werden Verbindungslinien zwischen Deutschland und Russland jenseits der systemisch-normativen Trennung deutlich.

In den Wahlprogrammen manifestieren sich zum einen Binnendifferenzierungen entlang von staatsbasierten Interessen (Interessenkonvergenz vs. Interessensdivergenz), zum anderen entlang der Linie Regime vs. Gesellschaft. Im Zuge einer Neuausrichtung einer künftigen Russlandpolitik sollten die verhandelnden Parteien sich gemeinsam Klarheit darüber verschaffen, wie sich diese Kategorien zueinander verhalten und vor allem wie kooperative bzw. abgrenzende Politikelemente entlang dieser Skalen und Linien die Kosten-Nutzen-Kalküle des Regimes in Moskau berühren. Intelligente Instrumente müssen in der Lage sein, den Kontakt zur russischen Zivilgesellschaft aufrechtzuerhalten, ohne dabei Moskau einen Vorwand zur weiteren Repression zu geben. Umgekehrt darf Kooperation mit dem Kreml nicht zu einer weiteren Stärkung des Regimes zulasten der Zivilgesellschaft führen.

Neben der Notwendigkeit, die eigenen Ansätze zu reflektieren und zu sortieren, scheint es nicht unerheblich, diese Ansätze klar gegenüber Russland zu kommunizieren. Denn während in Moskauer Regierungskreisen noch die Vorstellung dominiert bzw. vorgetragen wird, der Westen wolle Russland mit einer wertebasierten Außenpolitik, darunter auch Sanktionen, zu Politikänderungen zwingen oder, schlimmer noch, seine innere Verfasstheit verändern, wird doch in den Programmen eher die Sorge um Selbstschutz und Resilienz der offenen demokratischen Gesellschaften deutlich. Diese Unterschiede sind grundlegend und müssen deutlicher gemacht werden, insbesondere dort, wo es zu einer Politisierung der Beziehungen kommen kann.

Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang die Diskussion um Nord Stream 2 und die Frage, inwiefern die Energiezusammenarbeit mit politischen Konflikten verknüpft werden sollte. Einerseits wird ins Feld geführt, dass man Russland nicht mit Werten zu etwas zwingen könne und eine Politisierung von Nord Stream 2 daher kontraproduktiv sei (s. etwa den Beitrag von Alexander Rahr, abrufbar unter <https://youtu.be/r2emaz314qo>). Entlang der oben beschriebenen Leitplanken würde andererseits der Selbstschutz der offenen Gesellschaft in den Vordergrund treten: Die Abhängigkeit von russischem Gas müsste reduziert werden, wenn die Renten

aus der Energiezusammenarbeit in erster Linie zur autoritären Herrschaftsstabilisierung und damit auch zur Destabilisierung des Westens missbraucht werden. In ähnlicher Weise könnte dann zum Beispiel auch über die Verflechtungen des russischen Regimes mit den europäischen Finanzmärkten nachgedacht werden. Eine solche Perspektivverschiebung bahnt letztlich auch den Weg für eine stärkere Europäisierung der Russlandpolitik.

Ob die USA als Vorbild für Deutschland und Europa dienen können und wie man den »Systemwettstreit« mit Russland darüber hinaus konstruktiv füllt, bleibt fraglich. Zwar strebt auch Biden eine Neuaufstellung der Beziehungen zu Russland an, doch ist die nur Mittel zum Zweck, um den Weg für die Auseinandersetzung mit China freizumachen. Für die USA geht es vor allem darum, das Verhältnis zu Russland zu verbessern und auf eine verlässlichere Basis zu stellen. Dabei sucht Washington mehr Kooperationsmöglichkeiten mit Moskau, etwa im Bereich der Rüstungskontrolle, wo die USA Russland auf Augenhöhe treffen, Moskaus Statusbedürfnisse befriedigen und auch die Machterhaltungsinteressen des Kremls bedienen können. Während die USA so den Systemkonflikt mit Russland punktuell entschärfen können, lässt sich diese Logik nicht ohne Weiteres auf die deutsche und europäische Perspektive übertragen, da Moskaus systemstabilisierende Kosten-Nutzen-

Rechnungen viel stärker mit den Konflikten in und mit Europa verbunden sind.

Fazit

Der Kreml versucht, den Konflikt mit dem Westen als ideologische Auseinandersetzung und Wertekonflikt zu verkaufen. Es wird so getan, als befände sich das Regime in Moskau in einem ideologischen Systemkonflikt mit dem Westen und seiner liberalen Ordnung. Tatsächlich greift Moskau die liberalen Werte des Westens an, tut dies aber primär aus machtpolitischen Erwägungen heraus. Eine künftige Bundesregierung muss sich diesen Unterschied vergegenwärtigen und ihn in intelligente Instrumente kanalisieren. Ansonsten besteht die Gefahr, dass das Narrativ vom »Wettstreit der Systeme« dem Kreml nur neue Legitimationsmöglichkeiten und Gründe für weitergehende Aggressionen nach außen und Repressionen nach innen verschafft. Mit der anstehenden Regierungsbildung besteht zumindest eine Chance, sich parteiübergreifend und substanziell über eine neue Russlandpolitik zu verständigen. Dies wäre nicht nur die Grundlage für eine intelligenteren, konsistenten und konsequenteren Russlandpolitik, sondern auch für eine klarere Kommunikationsstrategie gegenüber Moskau.

Über die Autorin

Dr. phil. Regina Heller ist seit 2009 Wissenschaftliche Referentin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Sie studierte Politikwissenschaft, Ostslawistik und osteuropäische Geschichte in Mainz, Hamburg und Middlebury/Vt. 2014–15 vertrat sie die Professur für Politikwissenschaft, insbesondere internationale Sicherheitspolitik und Konfliktforschung an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

KOMMENTAR

Die deutsche Russlandpolitik und das russische Gesetz über »ausländische Agenten«

Oxana Schmies (Berlin)

Repressionen in Russland nehmen zu

Im Oktober 2021 erwarten die deutschen Wähler:innen nach den Bundestagswahlen mit Spannung, welche Parteien die Regierungskoalition bilden werden. Davon hängt auch die künftige politische Linie gegenüber Russland ab. Die Grünen und die FDP, die mit großer Sicherheit Teil der Regierungskoalition sein werden, verlangen einen robusteren Umgang mit dem autokratischen Russland. Die Sondierungsgespräche sind derzeit noch

im Gange, die Zusammensetzung der Koalition bleibt offen. Umso wichtiger ist deswegen ein Blick darauf, vor welchen Herausforderungen die neue Bundesregierung in der Russlandpolitik steht.

Nach pseudodemokratischen Parlamentswahlen, die von umfangreichen und harten Repressionen begleitet wurden, schreitet Russland immer schneller in eine Richtung, die für die Bevölkerung katastrophale Folgen haben könnte. Ein wichtiger Bestandteil des vom

Kreml massiv ausgebauten Repressionsinstrumentariums stellt das »Gesetz über ausländische Agenten« dar. Die Anzahl von Medien, Organisationen, aber auch Einzelpersonen, die in Russland im Herbst 2021 bis zu zweimal wöchentlich zu »ausländischen Agenten« gebrandmarkt, unter Druck gesetzt, zum Teil festgenommen und verhaftet werden, ist alarmierend. Noch besorgniserregender sind die Dynamik und die Anwendung des Gesetzes in der Praxis.

Die Gesetzgebung über ausländische Agenten

Das russische Justizministerium hat vier Verzeichnisse für verschiedene Kategorien von »ausländischen Agenten« geschaffen. Stand 08. Oktober 2021 sind 89 gemeinnützige Organisationen, 85 (ausländische) Massenmedien, zwei nicht eingetragene öffentliche Vereinigungen und 56 Einzelpersonen als »ausländische Agenten« gelistet.

Die erste gesetzliche Vorlage für die Verfolgung von »ausländischen Agenten« wurde bereits 2012 mit einer Änderung des Gesetzes über gemeinnützige Organisationen geschaffen. Als »ausländischer Agent« kann seitdem jede gemeinnützige Organisation eingestuft werden, die sich in Russland politisch betätigt und Finanzmittel oder Eigentum von ausländischen Organisationen oder Bürger:innen erhält. In den Jahren 2014 und 2015 wurde das Verzeichnis der gemeinnützigen Organisationen, die als »ausländische Agenten« gelten, um Organisationen ergänzt, die Menschenrechts- und Bildungsprojekte durchführen. 2017 wurde ein Gesetz verabschiedet, welches nun auch erlaubt, Medien als »ausländische Agenten« zu registrieren. Das russische Justizministerium kann nun jedes ausländische Medienunternehmen, das direkt oder über russische juristische Personen Finanzmittel oder Vermögenswerte von ausländischen Einrichtungen oder Bürger:innen erhielt, als »ausländischen Agenten« brandmarken.

In den Jahren 2018 und 2019 wurden weitere Gesetzesänderungen verabschiedet, aufgrund deren auch eine natürliche Person zum »ausländischen Agenten« erklärt werden kann, wenn diese Informationen und Materialien ausländischer Medien verbreitet oder an der Produktion dieser Materialien beteiligt ist und dabei Finanzmittel aus dem Ausland erhält. Eine Einzelperson kann dabei nicht nur als ausländischer Agent, sondern auch als »ausländisches Medienunternehmen, das die Aufgaben eines ausländischen Agenten wahrnimmt«, eingestuft werden und ist verpflichtet, innerhalb eines Monats eine russische juristische Person zu gründen und diese den Behörden zu melden. Ende 2020 hat das Justizministerium auch ein zusätzliches Verzeichnis für natürliche Personen eingeführt, die im Interesse eines ausländischen Staates, einer internationalen Organisation

oder ausländischer Staatsangehöriger politische Aktivitäten in Russland ausüben oder Informationen militärischen Charakters sammeln, welche gegen die Sicherheit der Russischen Föderation verwendet werden können.

Das Gesetz ist also zweischneidig. Es wird nicht nur dafür verwendet, russische unabhängige Medien oder regimekritische Personen unter Druck zu setzen und beschneidet nicht nur deren Rechte. Es betrifft auch unmittelbar europäische (und deutsche) Partner, potenziell auch all jene, die »das Ausland« repräsentieren. Deshalb sollten deutsche Russland-Expert:innen und politische Entscheidungsträger:innen dieses Gesetz genau ins Auge fassen (siehe dazu beispielsweise die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff, Renata Alt, Jens Bееck und weiteren Abgeordneten der Fraktion der FDP. Drucksache 19/27534 »Auswirkungen des russischen ›Gesetzes über ausländische Agenten‹ auf die Zivilgesellschaft«, abrufbar unter: <https://dip.bundestag.de/drucksache/auf-die-kleine-anfrage-drucksache-19-27534-auswirkungen-des-russischen-gesetzes/252129>).

Das russische »Ausländische-Agenten-Gesetz« ist eine Reminiszenz an die sowjetische Unterdrückung von Dissens. Der Kreml hat dieses alte sowjetische Machtinstrument an die heutige Realität angepasst. Das Gesetz schüchtert die russischen Bürger:innen ein, spaltet die Gesellschaft, setzt sie einer staatlichen Kontrolle aus, richtet sich gegen die Kreml-unabhängige journalistische Berichterstattung, markiert das »Ausland« (wobei vor allem »der Westen« gemeint wird) als Gefahr und Gegner. Das Gesetz ist somit ein politisches Instrument, um Russland bei Bedarf von fast jedem westlichen Einfluss abrupt abzuschotten.

Implikationen für die deutsch-russischen Beziehungen

Das Gesetz ist damit eine potenzielle Gefahr für deutsch-russische Kooperationen, etwa in den Bereichen Wissenschaft, Menschenrechte, Kultur, Jugendaustausch, Bildung, Gesundheit, Umweltschutz und auch Wirtschaft. Der Kreml setzt das Gesetz in einem immer größeren Ausmaß ein und erweitert konsequent dessen Wirkungsradius. Im Vorlauf der Duma-Wahlen im Herbst 2021 war dies besonders deutlich zu spüren.

Durch das Gesetz wird zwischenstaatlicher Austausch in vielen Bereichen beschnitten. Es bringt die russischen Partner in Gefahr, indem es ihre finanzielle Sicherheit und individuelle Freiheit bedroht. Es stellt ebenfalls ein Hindernis für westliche Organisationen dar, die Zivilgesellschaft und Demokratie in Russland unterstützen. Besonders brisant ist, dass das russische Justizministerium, in dem es die »ausländischen Agenten« in ein dafür vorgesehenes Verzeichnis einträgt und deren Namen veröffentlicht (dies geschieht also mit-

nichten per rechtskräftigen Gerichtsentscheid, sondern durch eine intransparente Entscheidung einer Exekutivbehörde), faktisch zu einem Teil des Staatsrepressionsapparats geworden ist. Auch die Rechtsanwendung des Gesetzes, die vermehrt mit Willkür einhergeht, veranschaulicht den europäischen und deutschen Partnern, dass bei Kooperationen mit Russland von keiner Rechtssicherheit die Rede sein kann.

Für Deutschland bedeutet dies, dass seine Partner in Russland jederzeit gezwungen werden können, ihre Tätigkeit einzustellen. NGOs, Medien und Einzelpersonen, die der Wirkung des Gesetzes unterliegen, sind ständigen Inspektionen ausgesetzt. Die Organisationen müssen stets damit rechnen, dass sie zu einer Zwangsliquidierung gezwungen werden. Die Gesetzesvorschriften werden ständig verschärft und so formuliert, dass es im Prinzip unmöglich ist, sie vollständig einzuhalten. Geldstrafen oder Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren können bei »ausländischen Agenten« geltend gemacht werden. Eine Prozedur, die es erlaubt, die Bezeichnung »ausländischer Agent« rückwirkend anzuwenden, ist momentan in der Gesetzgebung nur für gemeinnützige Organisationen vorgesehen, für die anderen Kategorien »ausländischer Agenten« nicht. Der geringste Verstoß gegen die Vorschriften (die nicht eindeutig interpretiert werden können) führt zu Geldstrafen in Millionenhöhe (Rubel) und in manchen Fällen bis zum Konkurs von als »Agenten« gebrandmarkten Organisationen. Die Tätigkeit der »ausländischen Agenten« ist durch strenge Restriktionen stark eingeschränkt.

Indem die russischen Staatsbürger:innen, die beispielsweise mit deutschen Organisationen und Medien zusammenarbeiten oder Geld aus Deutschland erhalten, strafrechtlich verfolgt werden können, wird die Zusammenarbeit mit Russland erheblich erschwert. Erkennt man die potenziell gefährlichen Konsequenzen, die allein von diesem Gesetz für die deutsch-russische Zusammenarbeit ausgehen, wird deutlich, dass die Nostalgie nach alten Modellen deutsch-russischer Beziehungen die deutsche Politik in eine falsche Richtung führen. Die alten, oft sozialdemokratisch geprägten Ideale deutsch-russischer Beziehungen wie die »Modernisierungspartnerschaft« oder mit der Ostpolitik den 1960er und 1970er Jahren verbundenen Ansätze wie »Wandel durch Annäherung« und »Wandel durch Handel« haben ausgedient. Gerade die Sozialdemokraten, die in der neuen Regierungskonstellation vermutlich eine zentrale Rolle übernehmen werden, sollten offen sein für eine Politik, die der neuen Realität in Russland angemessen ist.

Deutschland steht heute vor anderen Herausforderungen, die sich von jenen früherer Jahrzehnte unterscheiden. Die russische Führung fordert die deutsche Politik mit repressiven Gesetzen heraus. Dadurch kann

sie sehr leicht auch deutsche wirtschaftliche Interessen unter Druck setzen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier machte im Februar 2021 bei einem Gespräch mit dem Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft deutlich, dass auch die deutsche Wirtschaft in Russland angesichts des politischen Kurses in Russland keinen »geschützten Raum« jenseits der politischen Rahmenbedingungen für sich beanspruchen könne (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundespraesidentsteinmeier-ist-von-moskau-enttaeuscht-17216281.html>). Nachhaltige Geschäftsbeziehungen werden in einem nahezu rechtsfreien Raum deutlich erschwert. Die neue Bundesregierung braucht also keine Floskeln und Mantras der alten Ostpolitik, sondern neue Lösungsansätze für konkrete Probleme.

Im Falle des genannten Gesetzes wäre beispielsweise ein Expert:innen-Brainstorming gefragt, um Lösungsansätze für ungehinderte deutsch-russische Zusammenarbeit auszuarbeiten. Gefragt wäre auch die Expertise von Rechtswissenschaftler:innen und Anwält:innen in Deutschland und Europa, die sich auf russisches Recht spezialisieren. Eine fundierte Bestandsaufnahme in Form eines Kompendiums mit Beispielen aus der Praxis von zwischenstaatlichem (zivilgesellschaftlichem) Austausch und anderen deutsch-russische Projekten, bei denen die Interessen deutscher Organisationen und des deutschen Staates unmittelbar betroffen sind, wäre für die künftigen Russland-Beauftragten der neuen Bundesregierung eine nützliche Arbeitsgrundlage. Dies würde auch für eine gezielte (finanzielle) Unterstützung infolge der verstärkten repressiven Verfolgung der Zivilgesellschaft in Russland nützlich sein, wie sie durch das Auswärtige Amt vorgesehen ist. Eine Frage könnte lauten, ob und wie Deutschland russische Opfer des repressiven Gesetzes durch Rechtsbeihilfe unterstützen könnte und wie die Mechanismen des internationalen Rechts (zum Beispiel der EU-Sanktionsmechanismus bei Menschenrechtsverstößen) mit deutscher Teilnahme aktiviert werden könnten. Ebenfalls kann durch das wirksame Publizieren dieser Expertise in der breiten Öffentlichkeit größere Aufmerksamkeit für dieses markante Problemfeld in der auswärtigen Politik erreicht werden.

Von der deutschen Politik hört man immer wieder, dass »der Westen« und »Russland« konträre Interessen verfolgen würden und demnach die deutschen oder »westlichen« Möglichkeiten, Einfluss auf Russland auszuüben, sich langsam erschöpfen. Ein auf überbordende Korruption fußendes System wie das russische, wie dies noch einmal die »Pandora Papers« belegt haben, lediglich realpolitisch als ein »anderes Gesellschaftsmodell« zu bezeichnen, greift zu kurz. Dies verschleiert nur die vorhandenen Probleme und Bedrohungen für deutsche und europäische Interessen.

Wird die Russlandpolitik die künftigen Koalitionsparteien spalten? Auch das ist nicht auszuschließen.

Unabhängig von der Zusammensetzung der neuen Bundesregierung muss sie jedoch schnell die Realität in Russland und damit die drängendsten Herausforderungen für zwischenstaatliche Kooperationen anerkennen und derzeit noch ungelöste Fragen so schnell wie möglich angehen. Anderenfalls wird Deutschland von den Pro-

blemen überrollt werden. Die Herausforderungen der deutschen Russlandpolitik sind zugleich eine Gestaltungschance. Mit Realitätssinn und Handlungswillen kann Deutschland durch seine künftige Russlandpolitik viel für die Sicherheit und Zukunft Deutschlands, Europas und Russlands tun.

Über die Autorin

Dr. Oxana Schmies hat Internationale Beziehungen (Politik) in Jekaterinburg, Russland, studiert und wurde am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt mit einer Dissertation zu stalinistischen Feindbildern in Neuester Geschichte promoviert. Sie hat an der Universität Erfurt, an der Humboldt-Universität und beim Zentrum Liberale Moderne gearbeitet. Sie lebt in Berlin, wo sie als freie Autorin politische Analysen verfasst und zur deutschen Russlandpolitik forscht. Zuletzt ist von ihr erschienen: *NATO's Enlargement and Russia*, 2021, Columbia University Press, <https://cup.columbia.edu/book/natos-enlargement-and-russia/9783838214788>.

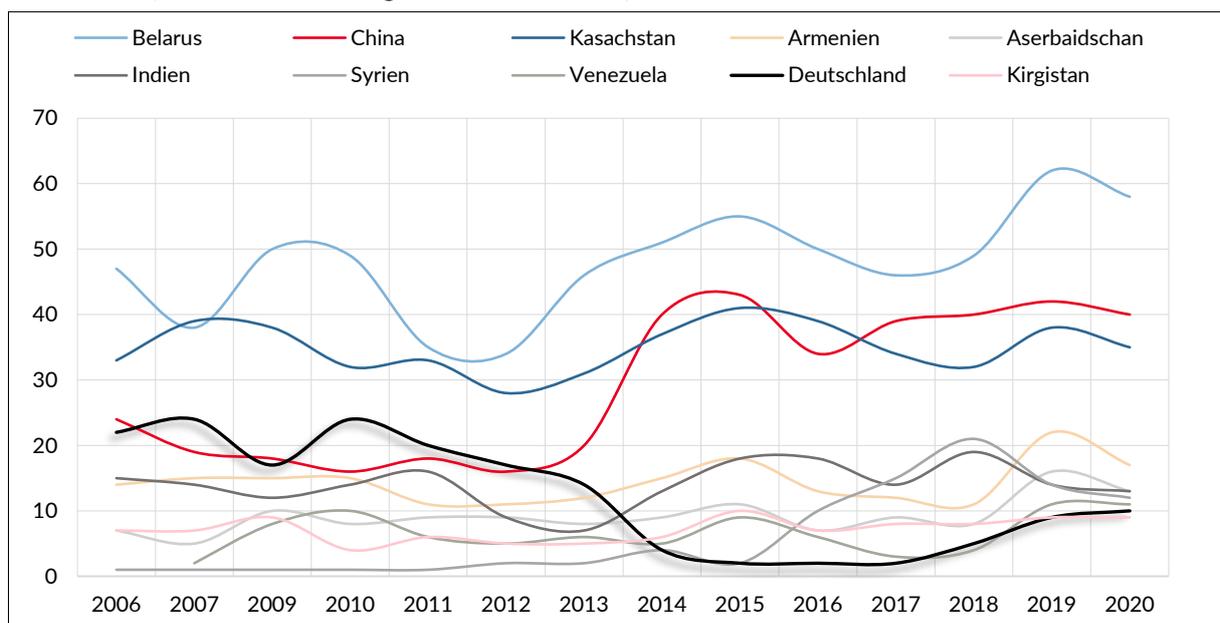
Lesetipps

- Ochotin, Grigorij, und Vera Ammer. Agentenjagd: Die Kampagne gegen NGOs in Russland. *Osteuropa* 65, Nr. 1/2 (2015): S. 83–94.
- Siegert, Jens. Russlands Repressionsspirale: Der Prozess gegen Valentina Čerevatenko (Frauen des Don). *Osteuropa* Nr. 6-7 (2016): S. 143–150.

UMFRAGEN

Meinungsumfragen zu deutsch-russischen Beziehungen

Grafik 1: Nennen Sie fünf Länder, die Russland gegenüber am freundlichsten gesinnt sind (mehrere Antwortmöglichkeiten, in Prozent)



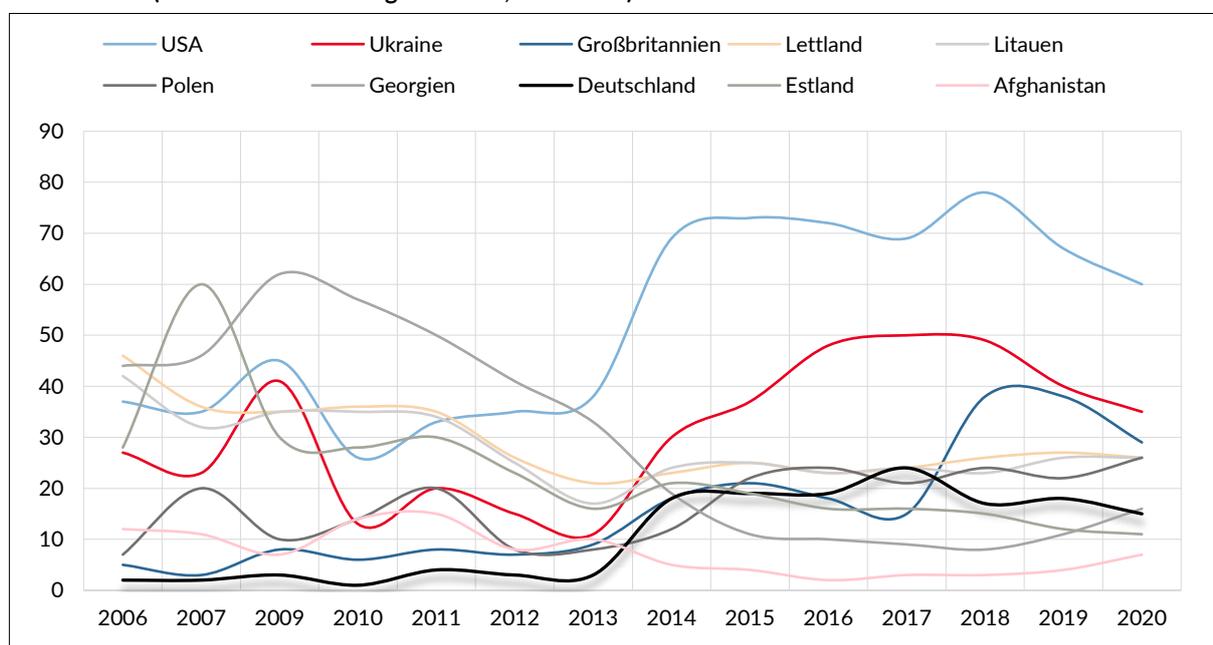
Quelle: »Freunde« und »Feinde« Russlands. Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums von 2006 bis August 2020, veröffentlicht am 16.09.2020, <https://www.levada.ru/2020/09/16/23555/>

Tabelle 1: Nennen Sie fünf Länder, die Russland gegenüber am freundlichsten gesinnt sind (mehrere Antwortmöglichkeiten, in Prozent)

	2006	2007	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Belarus	47	38	50	49	35	34	46	51	55	50	46	49	62	58
China	24	19	18	16	18	16	20	40	43	34	39	40	42	40
Kasachstan	33	39	38	32	33	28	31	37	41	39	34	32	38	35
Armenien	14	15	15	15	11	11	12	15	18	13	12	11	22	17
Aserbaidtschan	7	5	10	8	9	9	8	9	11	7	9	8	16	13
Indien	15	14	12	14	16	9	7	13	18	18	14	19	14	13
Syrien	1	1	1	1	1	2	2	4	2	10	15	21	14	12
Venezuela	-	2	8	10	6	5	6	5	9	6	3	4	11	11
Deutschland	22	24	17	24	20	17	14	4	2	2	2	5	9	10
Kirgistan	7	7	9	4	6	5	5	6	10	7	8	8	9	9

Quelle: »Freunde« und »Feinde« Russlands. Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums von 2006 bis August 2020, veröffentlicht am 16.09.2020, <https://www.levada.ru/2020/09/16/23555/>

Grafik 2: Nennen Sie fünf Länder, die Russland gegenüber am feindlichsten gesinnt sind (mehrere Antwortmöglichkeiten, in Prozent)



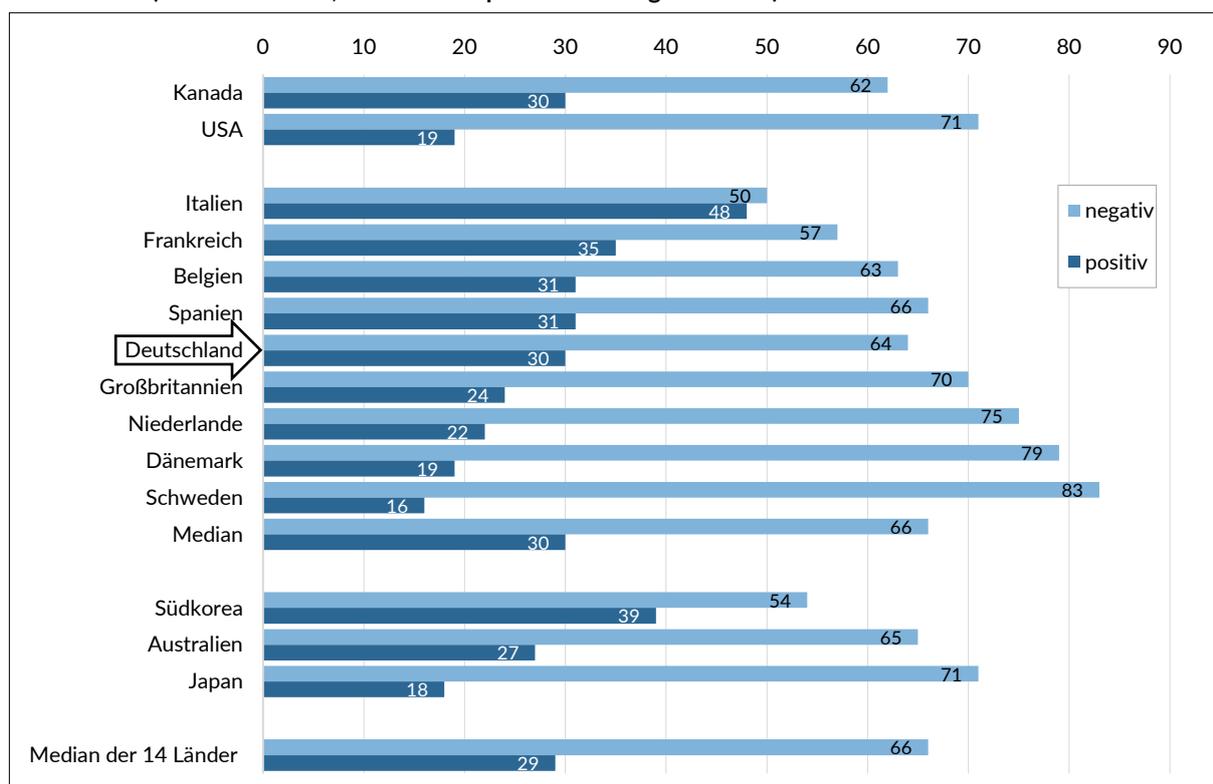
Quelle: »Freunde« und »Feinde« Russlands. Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums von 2006 bis August 2020, veröffentlicht am 16.09.2020, <https://www.levada.ru/2020/09/16/23555/>

Tabelle 2: Nennen Sie fünf Länder, die Russland gegenüber am feindlichsten gesinnt sind (mehrere Antwortmöglichkeiten, in Prozent)

	2006	2007	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
USA	37	35	45	26	33	35	38	69	73	72	69	78	67	60
Ukraine	27	23	41	13	20	15	11	30	37	48	50	49	40	35
Großbritannien	5	3	8	6	8	7	9	18	21	18	15	38	38	29
Lettland	46	36	35	36	35	26	21	23	25	23	24	26	27	26
Litauen	42	32	35	35	34	25	17	24	25	23	24	23	26	26
Polen	7	20	10	14	20	8	8	12	22	24	21	24	22	26
Georgien	44	46	62	57	50	41	33	19	11	10	9	8	11	16
Deutschland	2	2	3	1	4	3	3	18	19	19	24	17	18	15
Estland	28	60	30	28	30	23	16	21	19	16	16	15	12	11
Afghanistan	12	11	7	14	15	8	10	5	4	2	3	3	4	7

Quelle: »Freunde« und »Feinde« Russlands. Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums von 2006 bis August 2020, veröffentlicht am 16.09.2020, <https://www.levada.ru/2020/09/16/23555/>

Grafik 3: Russland erhält in Europa, Nordamerika und Ostasien negative Bewertungen (in Prozent derer, die Russland positiv bzw. negativ sehen)



Quelle: Pew Research Center, Summer 2020 Global Attitudes Survey, 16. Dezember 2020, <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2020/12/16/views-of-russia-and-putin-remain-negative-across-14-nations/>

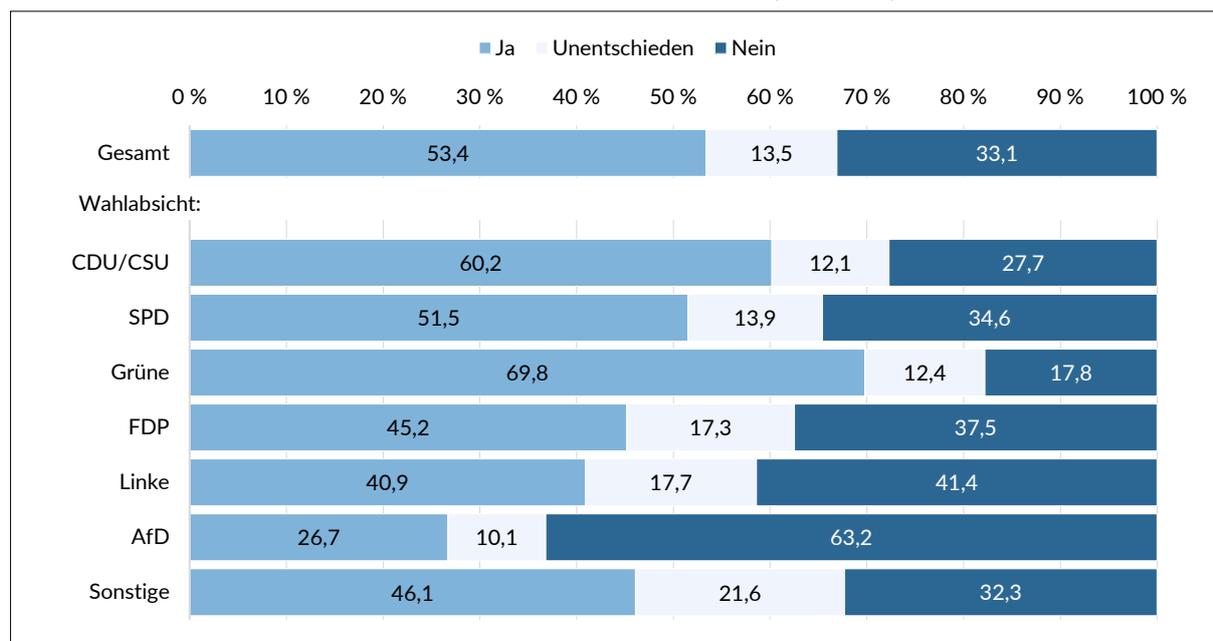
Tabelle 3: Das Ansehen Russlands ist im letzten Jahrzehnt in vielen Ländern stark gesunken (Prozent derer, die Russland positiv sehen)

	2007	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2017	2018	2019	2020	Veränderung 2020 zu 2007	
USA	44	43	49	49	37	37	19	22	29	21	18	19	-25	
Großbritannien	47	45	46	50	38	38	25	18	26	22	26	24	-23	
Kanada	52	51	-	-	-	42	-	26	27	27	30	30	-22	
Südkorea	54	50	40	-	-	53	43	46	36	53	42	39	-15	
Schweden	31	-	-	-	-	-	-	-	18	17	12	16	-15	
Japan	22	23	30	28	22	27	23	21	26	26	25	18	-4	
Deutschland	34	42	50	47	33	32	19	27	27	35	35	30	-4	
Spanien	35	36	40	46	36	38	18	25	27	24	29	31	-4	
Frankreich	35	43	51	53	36	36	26	30	36	30	33	35	0	
Italien	37	-	-	-	23	31	20	27	35	37	43	48	11	
Niederlande	-	-	-	-	-	-	-	-	15	15	23	22	-	
Australien	-	-	-	-	-	42	-	24	37	29	26	27	-	
Belgien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	31	-	
Dänemark	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19	-	

Anmerkung: Statistisch signifikante Unterschiede sind **fett** markiert. **Positivste** und **negativste** Haltung des jeweiligen Landes gegenüber Russland im Zeitraum zwischen 2007 und 2020.

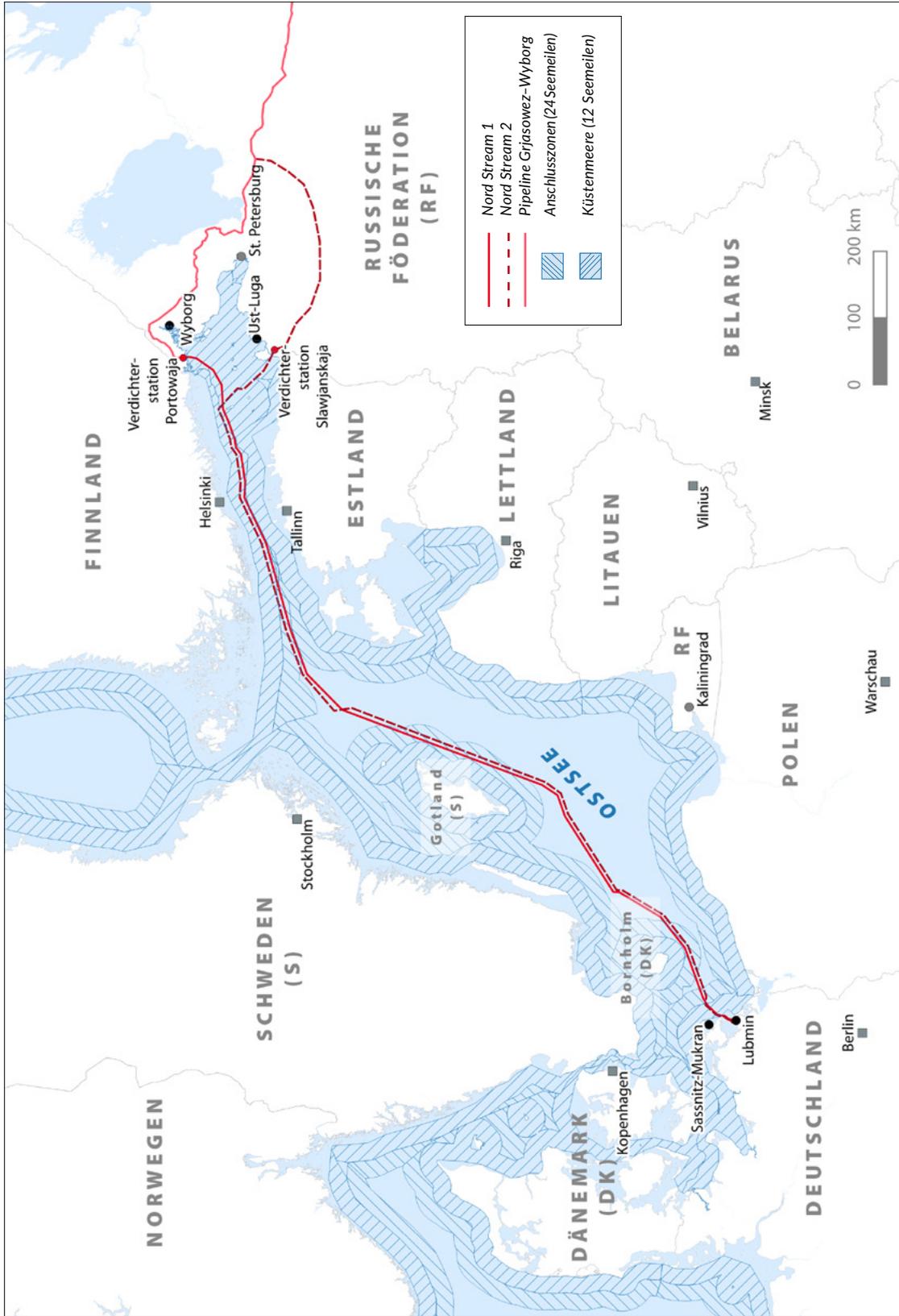
Quelle: Pew Research Center, Summer 2020 Global Attitudes Survey, 16. Dezember 2020, https://www.pewresearch.org/fact-tank/2020/12/16/views-of-russia-and-putin-remain-negative-across-14-nations/ft_2020-12-16_russia_02/.

Grafik 4: Sollte Gerhard Schröder aufgrund der Vergiftung des Kreml-Kritikers Alexej Nawalnyj von seinen Posten bei russischen Staatsunternehmen zurücktreten? (in Prozent)



Quelle: Repräsentative Online-Umfrage von Civey im Auftrag der Augsburgers Allgemeinen. Statistischer Fehler Gesamtergebnis: 2,5 %, Stichprobengröße: 5.002, Befragungszeitraum: 03.09.20 - 04.09.20, <https://www.augsburger-allgemeine.de/special/bayern-monitor/Umfrage-Mehrheit-fordert-Schroeder-soll-Aemter-bei-russischen-Staatskonzernen-raeumen-id58058551.html>

Grafik 5: Nord Stream 1 und 2



Quellen: Karte von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS erstellt, mit Geodaten von <https://gadm.org/>, <https://energybase.ru/> und dem Flanders Marine Institute (Flanders Marine Institute (2019), Maritime Boundaries Geodatabase: Territorial Seas (12NM), version 3. Erhältlich online auf <https://www.marinerregions.org/> <https://doi.org/10.14284/387> und Flanders Marine Institute (2019), Maritime Boundaries Geodatabase: Contiguous Zones (24NM), version 3. Erhältlich online auf <https://www.marinerregions.org/> <https://doi.org/10.14284/384>).

Ausgewählte Publikationen über die deutsch-russischen Beziehungen

Adomeit, H. (05.06.2020, SIRIUS – Zeitschrift für Strategische Analysen Band 4 Heft 3, Berlin): Bilanz der deutschen Russlandpolitik seit 1990.

<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2020-3004/html>

Dieser Artikel untersucht, wie es dazu kommen konnte, dass sich all die Hoffnungen und Erwartungen, die sich 1990 mit dem in Moskau unterzeichneten Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland und der Charta von Paris für ein neues Europa verbanden, zerschlagen haben und warum sowohl die Vision einer deutsch-russischen »strategischen Partnerschaft« als auch ihre beabsichtigte Konkretisierung durch eine »Modernisierungspartnerschaft« gescheitert sind. Der Artikel sieht die Erklärung für diese Entwicklung in der russischen Innenpolitik. Die russische Machtelite konnte auf die Angebote Deutschlands (und der EU) auf eine enge »Verflechtung« und umfassende Zusammenarbeit nicht eingehen, weil diese ihren Wahrnehmungen zufolge den Machterhalt im eigenen Land und in der von ihr deklarierten Einflussphäre in Mittel- und Osteuropa gefährdet hätte.

Aust, M./Hilbrenner, A./Obertreis, J. (02.07.2020, Gerda Henkel Stiftung, Berlin): Geschichtspolitik braucht Entspannungspolitik.

https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/geschichtspolitik_entspannungspolitik

Der russische Präsident Wladimir Putin nutzte den 75. Jahrestag des Kriegsendes für eine ungewöhnliche Maßnahme: Er veröffentlichte in seinem Namen einen langen Text zur Geschichte des Krieges, der offensichtlich als geschichtspolitische Vorgabe und künftig zu zitierende Essenz seines Geschichtsverständnisses zu diesem Thema gelten soll. [...] Putins Artikel hatte bereits eine gewisse Breitenwirkung entfaltet, als die russische Botschaft sich entschloss, eine Übersetzung an Osteuropahistorikerinnen und -historiker an Universitäten in Deutschland zu schicken. [...] Weil Putin sich derart öffentlichkeitswirksam auf das Feld der historischen Wissenschaft begibt, sehen wir Wissenschaftler*innen uns auch aufgerufen, zu einigen Fragen, die der Text aufwirft, Stellung zu nehmen.

Bundestag (26.03.2021, Deutscher Bundestag Drucksache 19/28012, Berlin): Auswirkungen des russischen »Gesetzes über ausländische Agenten« auf die Zivilgesellschaft.

<https://dip.bundestag.de/drucksache/auf-die-kleine-anfrage-drucksache-19-27534-auswirkungen-des-russischen-gesetzes/252129>

Seit 2012 gilt in Russland das restriktive »Gesetz über ausländische Agenten«, wonach Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die in Russland »politisch tätig« sind und finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten, sich als »ausländische Agenten« in ein Staatsregister registrieren lassen. Bereits durch dieses Gesetz wird die russische Zivilgesellschaft massiv unterdrückt und ihre Arbeit verhindert. Gemäß einer Gesetzesänderung können seit 2017 auch Medienorganisationen als sogenannte ausländische Agenten eingestuft werden. Diese Regelung wurde 2019 nochmal ausgeweitet, um auch Einzelpersonen, die als Medienschaffende arbeiten – darunter auch Blogger und Nutzer von sozialen Medien – zu umfassen, welches als einen »weiteren Schritt zur Einschränkung freier und unabhängiger Medien« von Menschenrechtsorganisationen bezeichnet wurde.

Bundestag (05.05.2021, Deutscher Bundestag Drucksache 19/29313, Berlin): Kurskorrektur in der Russlandpolitik – Menschenrechte, Demokratie und europäische Friedensordnung konsequent verteidigen.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-de-russlandpolitik-843426>

Die Bundesregierung sollte nach den Vorstellungen der Grünen ihre Politik »konsequent auf die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Russland sowie ein einiges Auftreten der Europäischen Union gegenüber Russland« ausrichten. Als Reaktion auf die Isolationspolitik des Kremls sollte andererseits der gesellschaftliche Austausch mit Russland, insbesondere in den Bereichen Zivilgesellschaft, Jugend und Kultur, erheblich intensiviert werden. Hier müsse die Bundesregierung auf EU-Ebene auch für eine Lockerung und großzügige Auslegung der einschlägigen Visa-Bestimmungen werben. Außerdem wandten sich die Abgeordneten gegen die im Bau befindliche Gas-Pipeline Nord Stream 2, der die Bundesregierung eine Absage erteilen sollte. Das Projekt sei für die Energieversorgung Europas nicht notwendig, sondern vor allem klimaschädlich.

Burkhardt, F. (15.07.2021, Dekoder Bystro #25, Hamburg): Warum sind deutsche NGOs in Russland »unerwünscht«?

<https://www.dekoder.org/de/article/bystro-unerwuenschte-organisationen-bedeutung>

Drei deutsche NGOs gefährden laut russischer Generalstaatsanwaltschaft »die Grundlagen der Verfassungsordnung und die Sicherheit der russischen Föderation«. Aus diesem Grund wurden sie Ende Mai 2021 zu »unerwünschten Organisationen« erklärt. Warum ausgerechnet diese drei? Wird es noch weitere treffen? Und was sind die Hintergründe?

Burkhardt, F. (27.09.2021, Dekoder Bystro #27, Hamburg): Wird die Bundestagswahl die Russland-Politik verändern?

<https://www.dekoder.org/de/article/bystro-bundestagswahl-russlandpolitik-laschet-scholz>

Außenpolitische Erwägungen spielen bei der Bundestagswahl für die Wähler traditionell eine, gelinde gesagt, untergeordnete Rolle. So auch bei der aktuellen Wahl, die der SPD und ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz einen knappen Sieg vor der CDU/CSU beschert hat. Was aber bedeutet eine mögliche neue Regierung unter Scholz, der sich bereits für eine Ampel-Koalition mit den Grünen und mit der FDP ausgesprochen hat, für eine deutsche Außenpolitik in Bezug auf Russland und Belarus? Ist eine Rückkehr zur früheren Ostpolitik denkbar? Was würde eine sogenannte Jamaika-Koalition für die deutsch-russischen Beziehungen bedeuten?

Fischer, S. (02.10.2021, SWP-Studie 2021/S 15, Berlin): Schwieriges Verhältnis zu Moskau. Deutsche Russlandpolitik muss weiter justiert werden.

<https://www.swp-berlin.org/publikation/deutsche-aussenpolitik-im-wandel#hd-d58493e1771>

Die Beziehungen mit Russland werden auch für die nächste Bundesregierung eine der größten außenpolitischen Herausforderungen sein. Sie gehören zu den kontroversesten Themen innerhalb der EU, sind konstitutiv für die europäische Sicherheit, haben eine markante transatlantische Dimension und sind als Folge der zunehmenden Bedeutung Chinas für Russland eng mit der Frage der künftigen Weltordnung verknüpft. Deutschland braucht keine grundlegend neue Russlandpolitik, aber es muss die Realität der russischen Innen- und Außenpolitik noch stärker berücksichtigen.

Fix, L. (2021, Palgrave Macmillan, Cham): Germany's Role in European Russia Policy – A New German Power?

<https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-030-68226-2>

Dieses Buch leistet einen Beitrag zur Debatte über eine neue deutsche Machtposition in Europa mit einer Analyse der Rolle Deutschlands in der europäischen Russlandpolitik. Es liefert eine aktuelle Darstellung der deutschen »Ostpolitik« und der Art und Weise, wie Deutschland die Beziehungen zwischen der EU und Russland seit der Osterweiterung 2004 beeinflusst hat – teils mit, teils gegen die Interessen und Präferenzen der neuen Mitgliedsstaaten. Der Band verbindet eine umfangreiche empirische Analyse der Russlandpolitik mit einer theoriegeleiteten Perspektive auf Deutschlands Macht und Einfluss in der EU. Die Ergebnisse zeigen, dass trotz der zentralen Rolle Deutschlands die Ausübung von Macht innerhalb der EU von der Legitimität und Akzeptanz durch andere Mitgliedstaaten abhängt.

Fücks, R. (01.03.2021, Internationale Politik, Berlin): Die fossile Großmacht und der Klimawandel.

<https://internationalepolitik.de/de/die-fossile-grossmacht-und-der-klimawandel>

Russlands Wirtschaft hängt am Erdöl, an Gas und Kohle. Der Staat verfolgt damit auch geopolitische Ziele. Von einem ökologischen Umbau ist er weit entfernt. Russland ist ein fossiles Energieimperium. Erdöl, Gas und Kohle bilden das Fundament der Ökonomie und machen den Löwenanteil der Exporte aus. Machtapparat und Energiewirtschaft sind eng verflochten. Zugleich ist die Energiepolitik ein Instrument russischer Großmachtpolitik; sie wird gezielt eingesetzt, um Einfluss zu gewinnen. Dazu zählen die Vergabe lukrativer Posten an europäische Ex-Politiker, der Aufbau ökonomischer Netzwerke, die Finanzierung kremlfreundlicher Institute im Westen und die klassische Energie-Geopolitik wie im Fall von Nord Stream 2.

Heinemann-Grüder, A./Mitrokhin, N. (2021, Osteuropa 3/2021, Berlin): Für eine neue Russland-Politik – Ein Strategiepapier.

<https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2021/3/fuer-eine-neue-russland-politik/>

Im Zuge des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes und während der Bildung der neuen Bundesregierung werden die künftigen Regierungsparteien ihre außenpolitischen Positionen definieren und abstimmen. Das folgende Strategiepapier richtet sich an Bundestagsabgeordnete im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, Wahlkampfmanager, die Verhandlungsteams der Koalitionsverhandlungen, die politischen Stiftungen sowie an das künftige Führungspersonal.

sonal insbesondere im Auswärtigen Amt. Das Strategiepapier formuliert Ziele und Interessen und unterbreitet konkrete Vorschläge zur Umsetzung.

Köpf, P. (21.09.2021, KARENINA Petersburger Dialog Online Berlin): Parteien: Wie haltet ihr es mit Russland?

<https://www.karenina.de/news/politik/parteien-wie-haltet-ihr-es-mit-russland/>

Die Programme der bei den Bundestagswahlen kandidierenden größeren Parteien sind teilweise mehr als hundert Seiten lang. Ausnahmslos alle beschäftigen sich auch – mehr oder weniger – mit Russland.

Lough, J. (Juli 2021, Manchester University Press, Manchester): Germany's Russia problem – The struggle for balance in Europe.

<https://manchesteruniversitypress.co.uk/9781526151506/>

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland sind die wichtigste Verbindung Europas mit dem größten Land des Kontinents. Doch trotz des einzigartigen Wissens und der historischen Erfahrung Deutschlands fällt es seinen politischen Entscheidungsträgern schwer zu akzeptieren, dass Moskaus Bemühungen um eine Neuausrichtung Europas auf Kosten des Zusammenhalts der EU und der NATO einen Angriff auf Deutschlands Kerninteressen darstellen. Dieses Buch erläutert das Ausmaß der Herausforderung, vor der Deutschland bei der Gestaltung seiner Beziehungen zu einem sich wandelnden Russland steht. Es analysiert, wie die aufeinanderfolgenden deutschen Regierungen von 1991 bis 2014 die russischen Absichten falsch verstanden haben, bis Angela Merkel die deutsche und die EU-Politik gegenüber Moskau grundlegend neu ausgerichtet hat. Das Buch untersucht auch, was hinter den Bemühungen steht, Merkels gewagten Politikwechsel zu revidieren, einschließlich der aus der DDR übernommen Einstellungen und der Rolle der russischen Einflusskanäle in Deutschland.

Lukjanow, F. (12.10.2020, ips-journal, Brüssel): Im Osten was Neues

<https://www.ips-journal.eu/topics/foreign-and-security-policy/russia-and-the-west-dont-need-each-other-anymore-4730/>

Weniger als zwei Wochen nach der offiziellen Wiedervereinigung Deutschlands gab das norwegische Nobelkomitee bekannt, dass der Friedensnobelpreis 1990 an den Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, verliehen werden sollte. Die deutsche Einheit wurde zum Hauptsymbol des Wandels – so wie die Teilung Deutschlands nach dem Krieg den Kalten Krieg in Europa und der Welt für lange Zeit begründet hatte. Um den Fall Nawalny und die Debatte über die Nord Stream 2-Pipeline vollständig zu verstehen, müssen wir weiter in die Vergangenheit zurückblicken. Die deutsche Ostpolitik basierte schon immer auf der Frage der Sicherheit. Als sich der Erdgashandel zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion seit Anfang der 1970er Jahre stetig erweiterte, waren materielle Vorteile sowohl für die Verbraucher als auch für die Lieferanten sicherlich wichtig. Entscheidend war jedoch, dass der Erdgashandel zur Bewältigung der militärisch-politischen Konfrontation beitrug. Genau aus diesem Grund ließ die US-Regierung die Ausweitung der Gaslieferungen zu, obwohl sie die Verlegung der Pipelines von Ost nach West mit Argwohn betrachtete – und dies auch heute noch tut.

Meister, S. (September 2021, DGAP Memo, Berlin): Pragmatische Russlandpolitik – Deutschland sollte seine Verhandlungsposition stärken.

<https://dgap.org/de/forschung/publikationen/pragmatische-russlandpolitik>

Russlands wachsender globaler Bedeutung stehen seine Förderung autoritärer Stabilität, zunehmende Repressionen nach innen und die Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten gegenüber. Gleichzeitig haben sich Russland und Deutschland in den letzten zehn Jahren entfremdet und werden in der nächsten Legislaturperiode die Grenzen von Kooperation spüren. Die russische Führung ist aktuell kein verantwortungsvoller Partner in internationalen Krisen, sondern nutzt diese, um eigene Verhandlungspositionen zu verbessern. Deutschland braucht eine pragmatische Russlandpolitik, die diplomatische Beziehungen pflegt und Kooperation bei Themen von gemeinsamem Interesse wie Klimawandel und Stabilisierung in Afghanistan sucht. Zur Stärkung der eigenen Verhandlungsfähigkeit gegenüber Moskau sollte Deutschland in Resilienz und Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der EU und NATO investieren, sich stärker in der Konfliktlösung weltweit engagieren sowie den gesellschaftlichen Austausch mit Russland fördern.

Panagiotidis, J./Morasch, V. (ostklick, Berlin): »Die Russlanddeutschen haben ein bestimmtes Image als ›rechts«

<https://www.ost-klick.de/wahlverhalten/>

Lange galten Russlanddeutschen als zuverlässige Stammwähler:innen der CDU/CSU und darüber hinaus als nicht besonders politisch engagiert. Beginnend mit dem »Fall Lisa« im Jahr 2016 änderte sich das. Einige russlanddeutsche

Spätaussiedler:innen protestierten gegen die Migrationspolitik der Bundesregierung. Das brachte den Russlanddeutschen den Ruf ein, jetzt vermehrt für rechtspopulistische und -extreme Parteien zu stimmen und sich deren Ideen zuzuwenden. Der Historiker und Migrationsforscher Jannis Panagiotidis hat sich diese Gruppe und ihr Wahlverhalten genauer angesehen. Wir haben ihn gefragt: Was ist dran an diesem Ruf?

Sasse, G. (22.09.2021, ZOiS Spotlight 33/2021, Berlin): Bundestagswahl: Quo vadis, Osteuropapolitik?

<https://www.zois-berlin.de/publikationen/bundestagswahl-quo-vadis-osteuropapolitik>

Das Ende der Merkel-Ära bedeutet Ungewissheit über den zukünftigen politischen Kurs Deutschlands und der EU in den Beziehungen zu Osteuropa. Insbesondere Russland hatte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Priorität gemacht. Immer wieder suchte sie den direkten Draht zum russischen Präsidenten Wladimir Putin, auch wenn die Aussicht darauf, seinen innen- oder außenpolitischen Kurs zu beeinflussen, äußerst begrenzt war. Damit hat sie jedoch gezeigt, dass direkter Kontakt auch bei konträren Interessen wichtig bleibt und die Gegenüberstellung von Dialog und Sanktionen zu kurz greift.

Sasse, G. (29.10.2020, ZOiS Report 5/2020, Berlin): Russland²: Russlandbilder in Ost- und Westdeutschland.

<https://www.zois-berlin.de/publikationen/russland2-russlandbilder-in-ost-und-westdeutschland>

Im politischen Diskurs und in punktuellen Meinungsumfragen klingt regelmäßig an, dass die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland nicht nur in Bezug auf Deutschlands Innenpolitik der letzten 30 Jahre, sondern auch in außenpolitischen Fragen unterschiedliche Wahrnehmungen und Präferenzen hat. Dieser ZOiS Report geht diesen Unterschieden am Beispiel der Russlandansichten in Ost- und Westdeutschland nach. Grundlage sind eine neue Umfrage und Fokusgruppendifkussionen. Die ZOiS-Umfrage bestätigt die Existenz von Unterschieden in der Wahrnehmung der Innen- und Außenpolitik Russlands in Ost- und Westdeutschland. Der jetzige Wohnort ist hierbei mitunter wichtiger als der Geburtsort. Darüber hinaus gibt es einen klaren Hauptstadteffekt: Berliner*innen haben nicht nur mehr persönliche Kontakte nach Russland, sie sind sich auch der Repressionen in Russland stärker bewusst. Andere soziodemographische Faktoren, insbesondere Alter, Geschlecht und Bildungsgrad, sind ebenfalls von Bedeutung.

Schlögel, K./Baberowski, J. (11.01.2020, WELT, Berlin): »Putins Zeit geht zu Ende«.

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus204912170/Karl-Schloegel-Lasse-mir-mein-Russland-Bild-nicht-von-Putin-versauen.html>

Zwei Historiker und Kenner Russlands sprechen über Russland unter Putin. Sie erklären, warum das Riesenland einerseits sehr modern geworden ist – und warum es den Menschen dennoch kein gutes Leben bieten kann.

**Schröder, H. (2020, Osteuropa 1-2/2020, Berlin): Politikberatung und ihre Grenzen
Lehren aus drei Jahrzehnten Osteuropaforschung.**

<https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2020/1-2/politikberatung-und-ihre-grenzen/>

In einer komplexen Welt hat die Politik ständig Bedarf an validen Informationen und Wissen, um Probleme zu erkennen, Lösungen zu entwickeln und Entscheidungen zu treffen. In Entscheidungsprozessen greifen Politik und Verwaltung auf die Wissenschaft zurück. Doch der Wissenstransfer ist anspruchsvoll und gelingt nur unter spezifischen Bedingungen. Eine subjektive, auf teilnehmender Beobachtung und persönlichen Erfahrungen basierende Reflexion über die Chancen und Grenzen der wissenschaftlichen Politikberatung in der regionalen Außenpolitikforschung ergibt: Der Beitrag der Osteuropaforschung zur deutschen Außenpolitik gegenüber Russland ist höchst begrenzt, wie sich an der Tschetschenienpolitik, der NATO-Osterweiterung, der Modernisierungspartnerschaft und der Frage nach einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa gezeigt hat. Zu stark unterscheidet sich die Handlungslogik von Wissenschaft und Politik.

Schulze Wessel, M. (11.10.2020, FAZ, Frankfurt): Was die Geschichte über die deutsch-russischen Beziehungen lehrt.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/wo-beginnt-historisch-der-deutsch-russische-sonderweg-16985629.html>

Schon im 18. Jahrhundert hatten die preußisch-russischen Beziehungen nicht nur eine persönlich-emotionale Basis. Zwischen beiden aufstrebenden Staaten entstand damals eine Art Wahlverwandschaft. Sie wirkt bis heute fort. Ein Essay.

Siddi, M. (26.11.2018, German Politics Vol. 29/2020): A Contested Hegemon? Germany's Leadership in EU Relations with Russia.

<https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09644008.2018.1551485>

In diesem Artikel wird die Rolle Deutschlands in der Außenpolitik der Europäischen Union (EU) gegenüber Russland untersucht. Er zeigt auf, dass Deutschland seit Ende der 2000er Jahre eine führende Rolle in den Beziehungen der EU zu Russland einnimmt, vor allem durch den Versuch, seine langjährige Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit mit Moskau – bekannt als Ostpolitik – auf die EU-Ebene zu übertragen. Während der Ukraine-Krise entstand in diesem Bereich eine hegemoniale Führungsrolle Deutschlands. Wirtschaftliche und institutionelle Macht, die Zustimmung seiner europäischen und transatlantischen Verbündeten und eine unterstützende Innenpolitik ermöglichten es Deutschland, sich als wichtigster EU-Verhandlungspartner für Moskau zu profilieren. Indem er das langfristige deutsche Streben nach einer Führungsrolle in den Beziehungen der EU zu Russland hervorhebt, vertritt der Artikel die These, dass Deutschland in diesem Politikbereich kein »zögerlicher«, sondern ein durchsetzungsfähiger Hegemon ist. Darüber hinaus hebt der Artikel hervor, wie die Tradition der Ostpolitik und das Selbstverständnis als Zivilmacht es Deutschland ermöglichten, die westliche Diplomatie in der Ukraine-Krise anzuführen. Gleichzeitig steht Deutschlands hegemoniale Führungsrolle in den Beziehungen zwischen der EU und Russland vor mehreren Herausforderungen und Grenzen, die mit der Natur der deutschen Macht, der Zustimmung seiner Verbündeten und der sich entwickelnden Innenpolitik zusammenhängen.

Spahn, S. (Oktober 2020, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam): Russische Medien in Deutschland – Der russische Informationskrieg und Desinformation.

<https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/941>

Die Informationspolitik der russischen Führung ist Teil einer hybriden Kriegsführung und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Ausland, bspw. durch Desinformation, ist ein offizielles außenpolitisches Ziel Russlands. Deutschland ist bei der Verbreitung russischer Narrative und Desinformationen durch die russischen Medien ein wichtiger Schauplatz geworden.

Spanger, H. (25.06.2020, Europe-Asia Studies Vol. 72/2020, Glasgow): The Perils of Path Dependency: Germany's Russia Policy.

<https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09668136.2020.1760211?journalCode=ceas20>

Mit der bemerkenswerten Ausnahme der Ukraine-Krise hat Berlin eine kooperative Politik gegenüber Moskau verfolgt und damit ein einzigartiges Maß an Verständnis bewiesen. Diese Politik steht im Einklang mit den beiden Rollen, die Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg im internationalen System gespielt hat – als »Zivilmacht« und als »Handelsstaat«. Beides hat sich außenpolitisch und wirtschaftlich bewährt, aber auch eine Pfadabhängigkeit geschaffen, die die Anpassungsfähigkeit an veränderte Bedingungen erschwert: Unentschlossenheit und ein Hang zum Mittelweg haben sich als bedenkliche Begleiterscheinungen erwiesen.

Trein, D. (01.10.2021, Carnegie Moscow Center, Moskau): Merkel's Legacy, as Seen From Russia.

<https://carnegiemoscow.org/commentary/85475>

Aus Moskauer Sicht war die lange Amtszeit von Angela Merkel eine Periode relativer, wenn auch nicht immer angenehmer Vorhersehbarkeit in den deutsch-russischen Beziehungen. Die zukünftige Entwicklung der Zusammenarbeit wird in nicht geringem Maße davon abhängen, wer ihr Nachfolger wird und wie gut dieser die Kunst der Staatsführung beherrscht. Merkel hinterlässt sehr große Fußstapfen, die es zu füllen gilt.

Vorschläge und Empfehlungen zu den EU-Russland-Beziehungen

Beziehungen EU-Russland: Kommission und Hoher Vertreter machen Vorschlag zum weiteren Vorgehen

Auf Ersuchen des Europäischen Rates haben die Europäische Kommission und der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik heute eine Gemeinsame Mitteilung über die Beziehungen der EU zu Russland vorgelegt. Die Gemeinsame Mitteilung enthält – im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates am 24./25. Juni – Empfehlungen, wie die Russlandpolitik der EU gestärkt werden kann.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, erklärte: »Die EU und Russland sind sowohl historisch und geografisch als auch über die Bevölkerung miteinander verbunden. Unsere aktuellen Beziehungen sind kompliziert. Wir müssen die Herausforderungen benennen und die Chancen nutzen. Wegen der mutwilligen Entscheidungen und Aggressionen der russischen Regierung in den letzten Jahren hat sich die Situation zugespitzt. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland stellen weiterhin eine zentrale strategische Herausforderung für die Europäische Union dar. Die EU muss geschlossen und konsequent darauf reagieren und unsere Grundwerte, Prinzipien und Interessen verteidigen.«

Der Hohe Vertreter/Vizepräsident Josep Borrell führte aus: »Unter den jetzigen Gegebenheiten scheint eine erneuerte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland, die eine engere Zusammenarbeit ermöglicht, in weite Ferne gerückt zu sein. Wir sollten uns nun darum bemühen zu erkunden, wie die derzeitige Dynamik nach und nach in eine berechenbarere und stabilere Beziehung umgewandelt werden kann. Auf der Grundlage eines soliden gemeinsamen Verständnisses der russischen Ziele und eines auf Grundsätzen beruhenden Pragmatismus wird die EU Russland in die Schranken weisen, Grenzen setzen und gleichzeitig mit ihm zusammenarbeiten.«

In die Schranken weisen, Grenzen setzen und Zusammenarbeiten: Bewältigung einer strategischen Herausforderung

Sofern die politischen Gegebenheiten es zulassen, besteht großes Potenzial für eine Zusammenarbeit der EU und Russlands. Aber die russische Regierung verfolgt aktiv Ziele, die in die entgegengesetzte Richtung führen. Russland sagt sich häufig von internationalem Recht und zentralen Prinzipien der OSZE und des Europarates los, zu deren Einhaltung sich das Land einst verpflichtet hat. Die Regierung versucht, Einfluss auf die EU und ihre Mitgliedstaaten und auf unsere Partnerländer zu nehmen, sich in innere Angelegenheiten einzumischen und zu destabilisieren. Und Russland setzt immer mehr auf politische Unterdrückung und missachtet Menschenrechte und Grundfreiheiten, um an seiner gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Organisation festzuhalten.

Im Lichte dieser Herausforderung wird in der heute vorgelegten Gemeinsamen Mitteilung Bilanz über die Umsetzung der fünf Grundsätze für die Beziehungen der EU zu Russland gezogen:

- vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen;
- gestärkte Beziehungen zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft und anderen Nachbarn;
- verstärkte Resilienz der EU;
- selektive Zusammenarbeit mit Russland in Fragen von Belang für die EU;
- zwischenmenschliche Kontakte und Unterstützung der russischen Zivilgesellschaft.

Um die strategische Herausforderung durch die russische Führung anzugehen, schlagen die Kommission und der Hohe Vertreter, im Einklang mit diesen Grundsätzen, vor, dass die EU Russland in die Schranken weist, Grenzen setzt und gleichzeitig mit ihm zusammenarbeitet, um auf konstruktivere Beziehungen und ein stärkeres politisches Engagement seitens der russischen Führung hinzuwirken. Dies ist unerlässlich, wenn die zurzeit unergiebige Strömung in diesem wichtigen Verhältnis ins Gegenteil verkehrt werden soll.

In die Schranken weisen

Die EU wird sich weiterhin gegen Menschenrechtsverletzungen wenden und auch in internationalen Foren für demokratische Werte eintreten. Die EU wird die anhaltenden Verstöße Russlands gegen das Völkerrecht in der Ukraine, Georgien und anderswo weiterhin anprangern. Sie wird ihre Unterstützung für die Ukraine und deren territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit bekräftigen. In diesem Zusammenhang wird sie Russland auch auffordern, seiner Verantwortung als Konfliktpartei gerecht zu werden und die Minsker Vereinbarungen vollständig umzusetzen. Die EU wird weiterhin angemessen auf die böswilligen Aktionen der russischen Regierung und die von ihr ausgehenden hybriden Bedrohungen reagieren und darauf hinarbeiten, die Ressourcen zu begrenzen, auf die die russische Regierung zugreifen kann, um ihre disruptive Außenpolitik umzusetzen.

Grenzen setzen

Um Russlands Angriffen auf die Interessen der EU Grenzen zu setzen, muss die Union selbst robuster und resilienter werden. In der Gemeinsamen Mitteilung wird vorgeschlagen, gemeinsam und systematischer gegen Drohungen und böswillige Akte vorzugehen, in Abstimmung mit gleichgesinnten Partnern wie der NATO und den G7. Die EU sollte sowohl ihre Cybersicherheits- und Verteidigungs- als auch ihre strategischen Kommunikationskapazitäten weiter ausbauen. Wir sollten ferner unsere Fähigkeiten zur Abwehr hybrider Bedrohungen stärken und die durch unsere Energiewende gegebenen Vorteile besser nutzen.

Die EU wird die Unterstützung der Länder unserer Östlichen Partnerschaft verstärken, damit das Potenzial der Partnerschaft voll und ganz ausgeschöpft werden kann. Das anstehende Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft ist eine wichtige Gelegenheit, die gemeinsame Agenda für die Zeit nach 2020 zu entwerfen.

Zusammenarbeiten

Um ihre eigenen Interessen zu fördern, sollte die EU bei mehreren wichtigen Herausforderungen mit Russland zusammenarbeiten. Während der COVID-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass ein gemeinsames Interesse daran besteht, im Bereich der öffentlichen Gesundheit konstruktiv zusammenzuarbeiten. In allseitigem Interesse liegt auch, den Klimawandel und andere Umweltprobleme zu bekämpfen. Dazu müssen wir in einen engeren Dialog mit Russland treten, und zwar zunächst vor den UN-Konferenzen COP-26 und COP-15. In der Gemeinsamen Mitteilung wird auch eine verstärkte sachbezogene Zusammenarbeit mit der russischen Regierung vorgeschlagen, um die zahlreichen wirtschaftlichen Ärgernisse auszuräumen, und dabei die Wettbewerbsvorteile der EU zu nutzen. Die EU wird sich zudem für mehr zwischenmenschliche Kontakte einsetzen. Dies könnte unter anderem durch Visalieferungen für bestimmte russische Staatsangehörige geschehen, und sie wird auch ihre Unterstützung für die russische Zivilgesellschaft sowie für Menschenrechtsaktivistinnen und Menschenrechtsaktivisten verstärken. Auch im Rahmen der Nördlichen Dimension, in der Arktis, zur Konfliktprävention und in regionalen und globalen Fragen, vom Iran über den Nahen Osten bis Afghanistan, von der Terrorismusbekämpfung bis zur Nichtverbreitung reichen, müssen wir zusammenarbeiten.

Quelle: *Auszüge aus Pressemitteilung der Europäischen Kommission, 16. Juni 2021, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_3010.*

Empfehlung des Europäischen Parlaments vom 16. September 2021 an den Rat, die Kommission und den Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Ausrichtung der politischen Beziehungen zwischen der EU und Russland

Das Europäische Parlament, [...]

empfiehlt, dass der Rat, die Kommission und der Vizepräsident der Kommission und Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (VP/HR) gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Politik der EU gegenüber Russland, einschließlich der fünf Leitprinzipien, überprüfen und eine umfassende EU-Strategie gegenüber Russland ausarbeiten, die auf folgenden Grundsätzen und Maßnahmen beruht:

- Abschreckungsmaßnahmen in Anbetracht der von Russland ausgehenden Bedrohung – Maßnahmen gegen die sicherheitspolitische Bedrohung
- Maßnahmen gegen die derzeitige von Russland ausgehende Bedrohung und gegen die Einmischung Russlands in der EU und den Ländern der östlichen Nachbarschaft
- Engagement in Russland und selektiver Dialog mit dem Kreml zur Vorbereitung des Wandels in Russland, auch durch bereichsspezifische Zusammenarbeit
- Engagement zur Unterstützung der Demokratie – Gegenmaßnahmen in Form von Sanktionen, Finanzkontrollen und internationalen Ermittlungen
- Engagement zur Unterstützung der Demokratie – Unterstützung einer demokratischen Gesellschaft in Russland
- Engagement zur Unterstützung der russischen Bevölkerung und Demokratie – Erfolg der Östlichen Partnerschaft als Quelle der Inspiration für die Bevölkerung Russlands

Quelle: *Auszüge aus der Empfehlung des Europäischen Parlaments vom 16. September 2021, abrufbar unter https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0383_DE.html.*

Novaya Gazeta

Mandy Ganske-Zapf

Sie ist ein Schwergewicht des unabhängigen russischen Journalismus: die Novaya Gazeta (deutsch: Neue Zeitung) – ihr langjähriger Chefredakteur Dmitri Muratow ist 2021 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Auch zuvor war die Novaya Gazeta ein international viel beachtetes Blatt. Redaktion und Belegschaft halten bis heute mehrheitlich die Anteile daran. Regelmäßig werden investigative Recherchen veröffentlicht. Diese Stärke ist zugleich die Achillesferse: Mehrere Journalisten sind in den 2000er Jahren bei Mordanschlägen getötet worden.

Die Novaya Gazeta ist eine Ausnahmeerscheinung in Russland: 1993 gegründet (als Neue Tageszeitung, bis 1995), arbeitet sie mit einer bemerkenswerten Kontinuität, obwohl die Lage für unabhängige Medien schwieriger denn je geworden ist. Fast alle großen TV-Stationen gelangten seit dem Machtantritt von Wladimir Putin unter staatliche Kontrolle und bedeutende Zeitungshäuser in die Hände regionaler Regierungen oder kremltreuer Eigentümer. Mit ihrer klar oppositionellen Haltung wird die Novaya Gazeta bislang geduldet, nicht jedoch ohne Restriktionen durch die Medienaufsicht Roskomnadsor – und, wie der langjährige Redaktionschef Dmitri Muratow beklagt, bei einem gesellschaftlichen Klima, in dem Übergriffe auf kritische Journalisten meist strafflos blieben (<https://echo.msk.ru/programs/personalno/2079552-echo/>).

2021 ist er mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden: Für sein »Bemühen um die Wahrung der Meinungsfreiheit, die eine Voraussetzung für Demokratie und Frieden ist«, begründete das Nobelkomitee die Entscheidung. Mit ihm gemeinsam ist die philippinische Journalistin Maria Ressa gewürdigt worden.

Mit kurzer Unterbrechung ist Muratow seit 1995 Chefredakteur der Novaya Gazeta. Zwischenzeitlich hatte Sergej Kosheurow für zwei Jahre das Amt inne, auf das man in der Redaktion traditionell gewählt wird. 2019 wurde Muratow erneut zum Chefredakteur gewählt. Er ist seit der ersten Stunde dabei, war Mitgründer der kleinen widerborstigen Zeitung, die über all die Jahre auch unter schwierigen Bedingungen nicht aufgibt und fortwährend auf Missstände im Land aufmerksam macht. In seiner Zeit bei der Novaya musste Muratow erleben, wie in den 2000er Jahren mehrere Mitarbeiter ums Leben gekommen sind, darunter Igor Domnikow, Anna Politkowskaja und Natalja Estemirowa.

Vor allem Anna Politkowskaja gab der Gefahr, unter der Journalisten in Russland tätig sind, über die Landesgrenzen hinaus ein Gesicht und wurde mit ihrer Arbeit

im damals kriegsgeschüttelten Tschetschenien international bekannt.

Doch die Novaya Gazeta – gesellschaftspolitisch ausgerichtet – ließ sich nicht einschüchtern, tritt früher wie heute mit wichtigen investigativen Recherchen hervor, darunter zu Verfehlungen der Regierung bei der Geiselnahme von Beslan, zur Verfolgung von Homosexuellen in Tschetschenien, zum Krieg im Donbass und als Teil einer international vernetzten Journalisten-Gruppe zu den sogenannten »Panama Papers«.

Bestimmend sind Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die auch in der Online-Ausgabe aufbereitet werden. Das Blatt steht für engagierten Journalismus, der Minderheiten und Opfern von Gewalt oder Korruption eine Stimme geben will, dazu gehören auch starke Meinungstexte.

Dmitri Muratow gehört zu den Gründern des Blattes, einer Gruppe von Journalisten, die sich nach Glasnost und Perestroika von der Komsomolskaja Prawda abwandte, um selbst eine Zeitung aufzubauen. Es fügte sich, dass Ex-Sowjetführer Michail Gorbatschow zum frühen Förderer wurde. Gorbatschow unterstützte die Zeitung regelmäßig, besitzt seit 2006 auch Anteile. Weiterer Eigner war zeitweise der Tech-Investor Sergej Adonjew. Die Aktienmehrheit an der nichtkommerziellen Trägerorganisation der Novaya Gazeta hält die Belegschaft.

Für den Erhalt der Zeitung spielte der Medienmogul Alexander Lebedew über Jahre eine herausragende Rolle. Neben Gorbatschow war er einmal wichtigster Finanzier, hält seine Anteile jedoch nach allem, was bekannt ist, nur noch auf dem Papier. Lebedew galt lange als der letzte kremlkritische Oligarch. Als er politisch unter Druck geriet, ließ er auch seine Zahlungen stoppen. Durch seinen Rückzug und weil Anzeigenkunden wegbrachen, stand zeitweise die Printauflage auf der Kippe. Neben der Online-Ausgabe erscheint die Novaya Gazeta derzeit als Printtitel jeweils montags, mittwochs und freitags, ihre Auflage beträgt verschiedenen Angaben zufolge zwischen rund 125.000 und 175.000 Exemplare. Sitz ist in Moskau, dazu gibt es Zweigstellen in Städten wie Sankt Petersburg, Samara und Wladiwostok. Trotz monatlich mehrerer Millionen Online-Aufrufe gilt die Novaya auf dem russischen Medienmarkt als Außenseiter.

Wichtiges Arbeitsfeld bleibt Tschetschenien, wo die Novaya Gazeta immer wieder den Finger in die Wunde legt – obwohl es in der Vergangenheit nach den Mordanschlägen auf die Kollegen jedes Mal Zeiten des Haderns

gegeben hat, wie die renommierte Novaya-Journalistin Elena Milashina 2017 in einem Interview mit Colta.ru preisgab: »Doch wir verstanden: Das ist kein Ausweg – und machten weiter.« (<https://www.colta.ru/>

[articles/society/15472-elena-milashina-poka-chechnya-ne-zagovorit-nichego-ne-izmenitsya](https://www.colta.ru/articles/society/15472-elena-milashina-poka-chechnya-ne-zagovorit-nichego-ne-izmenitsya))

Stand: Oktober 2021

Über die Autorin

Mandy Ganske-Zapf ist freie Journalistin und schreibt zu Themen aus und über Russland – im Großraum von Elbe, Spree und Moskwa. Sie arbeitet unter anderem als Redakteurin für [dekoder.org](https://www.dekoder.org) und für den Mitteldeutschen Rundfunk. Zwischenzeitlich war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hamburg in dem [dekoder](https://www.dekoder.org)-Kooperationsprojekt Perestroika und Mauerfall als shareable content.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, [dekoder.org](https://www.dekoder.org) als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner [dekoder](https://www.dekoder.org) für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

DEKODER

Muratows Krawatte und der Friedensnobelpreis

Andrej Kolesnikow (Carnegie Center, Moskau)

Einleitung von [dekoder](https://www.dekoder.org)

Als unangenehm empfindet es Dmitri Muratow, dass der Friedensnobelpreis 2021 ganz persönlich an ihn geht. Nicht an die *Novaya Gazeta* insgesamt, die auch früher schon mehrfach für den Preis vorgeschlagen gewesen sei – das sagte der Chefredakteur nach Bekanntgabe der Preisträger in einem Interview. Muratow gilt als jemand, der sich nicht gern in den Vordergrund spielt: Den Preis widmet er den sechs getöteten Kolleginnen und Kollegen seiner Zeitung und der gesamten Redaktion.

In der unabhängigen Medienöffentlichkeit des Landes fielen zuvor andere Namen, die man sich als Kandidaten gewünscht hatte: der inhaftierte Kremlkritiker Alexej Nawalny etwa, dessen landesweite Organisation zerschlagen am Boden liegt. Oder Swetlana Tichanowskaja – die belarussische Oppositionsführerin, die im Exil ebenfalls jede Aufmerksamkeit und Unterstützung gebrauchen könnte.

Den Preis bekommt aber ein Journalist, Muratow. Viele im Land feiern ihn und werten die Entscheidung als Stärkung des Kampfs für Meinungsfreiheit in Russland. Doch werden in der Opposition und in Kreisen der unabhängigen russischen Medien auch Zweifel laut, ob Muratow denn tatsächlich ein würdiger Preisträger sei.

Wie kann das sein? Wovon lässt sich die Freude über die erste Preisvergabe für einen russischen Journalisten überhaupt so trüben? Woher rühren Zweifel an einem Mann, der bald ein Vierteljahrhundert lang das Flaggschiff des unabhängigen Journalismus in Russland verantwortet? Der politische Analyst Andrej Kolesnikow sucht für *Carnegie* nach Antworten – auch an die Adresse der Kritiker.

Die Portraitzeichnung auf der Website des Nobelkomitees lässt den Charakter des Nobelpreisträgers Dmitri Muratow nur bis zu einem gewissen Grad erkennen: Die verstrubbelten Haare sind eine starke künstlerische Übertreibung und die zur Seite gerutschte Krawatte – nun, in echt habe ich Dmitri Muratow wohl nur ein einziges Mal mit Krawatte gesehen, nämlich auf einem der Jubiläen der *Novaya Gazeta*, an deren Spitze er seit vielen Jahren steht. Und auf Fotos, auf denen er internationale Preise entgegennimmt – weniger für sich selbst als für die Zeitung.

Muratow und Krawatten sind unvereinbare Dinge, wie Genie und Verbrechen. Der Chefredakteur der *Novaya Gazeta* verkörpert den russischen Journalismus: und zwar sowohl den spät- und den postsowjetischen, als auch den in Zeiten der Verhärtung des politischen Regimes. Also einen Journalismus, der Features, Reportagen, investigative Recherchen, gehaltvollen Sprachwitz und Menschenrechtsarbeit mit absolut praktischer Hilfe für die Erniedrigten und Beleidigten verbindet.

Der Nobelpreis für Muratow ist zweifellos auch eine Auszeichnung für jenen Teil des russischen Journalismus, der sich all die postsowjetischen Jahre für Menschenrechte und in erster Linie für die Verteidigung der Meinungsfreiheit eingesetzt hat. Im allerpraktischsten Sinne. Es ist ein Preis für eine Zeitung, die diesen Typ Journalismus verkörpert und auf erstaunliche Weise in einer absolut feindlichen Umgebung überlebt. Sie hat in der papierlosen Medienwelt Russlands ihre Papierausgabe bewahrt, während ihre Online-Leserschaft in allen Altersgruppen wächst.

Der Preis ist aber auch eine Anerkennung für das Charisma des Chefredakteurs – eines Graubärtigen in Turnschuhen mit Rucksack auf dem Rücken, der kaum wie jemand wirkt, den Bürokraten, Politiker und Oligarchen achten und fürchten könnten.

Die häufigste Frage, die derzeit zur *Novaya Gazeta* gestellt wird – mit Untertönen und Anspielungen – ist die, warum sie als einer der wichtigsten Widersacher des Regimes noch immer nicht ausländischer Agent sei. Das ist angesichts der klischeehaften Vorstellungen über die vom Regime unterdrückte russische Presse nur sehr schwer in klischeehaften Begriffen zu erklären. Für mich – ich habe viele Jahre im täglichen Kontakt mit dem Preisträger in der Zeitung gearbeitet – gibt es nur eine Erklärung: Dmitri Muratow ist ein Schwergewicht, und zwar ein politisches Schwergewicht.

In dem stark eingeschränkten Bereich der unabhängigen russischen Medien gibt es zwei Menschen die von den Machthabern tatsächlich geachtet und daher bislang nicht angerührt wurden: Das sind Dmitri Muratow und der Chefredakteur von *Echo Moskwy*, Alexej Wenediktow. Zwei Menschen, mit denen sehr gewichtige Personen bereit sind zu reden und deren Meinung zu berücksichtigen. Muratow und Wenediktow sind Schwergewichte, weil sie für die Biografie und die gesamte Geschichte des postsowjetischen Journalismus stehen: des stürmischen, konfliktfreudigen, kompromisslosen Journalismus, der kein Blatt vor den Mund nimmt. Sie stehen auch für die Dialogerfahrung mit den Machthabern in einer Sprache, die sie verstehen und die nicht ignoriert werden kann.

Ein Beispiel zum besseren Verständnis: Die Freilassung des Investigativreporters Iwan Golunow im Som-

mer 2019, der grundlos von der Polizei verhaftet worden war, war selbstverständlich das Ergebnis des massiven öffentlichen Drucks. Vor zwei Jahren funktionierte so etwas noch, anders als heute. Die Rolle von Wenediktow und Muratow bei der Rettung von Golunow ist jedoch auch nicht zu unterschätzen. Auf einen anderen hätten diejenigen, die letztendlich die Entscheidung trafen (Golunow freizulassen und dann gar die Polizisten zu bestrafen), wohl kaum gehört.

Die Auszeichnung für Muratow mit dem Friedensnobelpreis kommt gerade während eines Konflikts im – nennen wir es – demokratischen Milieu: Der Chefredakteur der *Novaya Gazeta* stellte sich vor den Chefredakteur von *Echo Moskwy*, als die oppositionelle Öffentlichkeit buchstäblich eine Hetzjagd gegen Wenediktow gestartet hatte – weil dieser mit der Zentralen Wahlkommission zusammenarbeitet und blindwütig für die elektronische Stimmabgabe eintritt. Wobei Wenediktow tatsächlich glaubte und glaubt, dass dieses System fortschrittlich sei und dabei helfen könne, Wahlfälschungen abzuwenden.

Ob er damit recht hat oder nicht, ist eine andere Frage. Die Unnachsichtigkeit gegenüber einem Opponenten innerhalb des demokratischen Milieus ist aber haarsträubend. Das zeigte sich während der Parlamentswahl, als man alle, die Jabloko ihre Stimme gaben und sich nicht an den Kanon des Klugen Wählens hielten, entweder zu Idioten oder Fieslingen erklärte. Das Ergebnis war ein öffentlicher Konflikt zwischen Muratow und Wolkow, dem Stabschef von Alexej Nawalny. Also ein Streit – und zwar ein sehr grundsätzlicher – zweier Menschen, die eigentlich für eine gemeinsame Sache arbeiten.

In Muratows Logik bedeutete die Hetze gegen Wenediktow und *Echo* einen Suizid des engagierten demokratischen Journalismus: Weil dieser nicht auf soziale Netzwerke und Videoformate reduziert werden kann, sondern auch landesweit in klassischen Medien vertreten sein muss. Und es ist falsch, den Machthabern dabei zu helfen, die noch lebenden Oasen, solche ohne Agenten-Status, zu vernichten – zu denen auch die *Novaya Gazeta* gehört.

Muratow hat auch einen politischen Standpunkt: Für ihn ist die Unterstützung für das Kluge Wählen Herdenverhalten, das nichts mit einer bewussten Wahlentscheidung zu tun hat, sondern lediglich den Kommunisten und dem von ihnen geliebten Stalin Punkte bringt. Außerdem macht Muratow keinen Hehl daraus, dass er mit Grigori Jawlinski befreundet ist.

Und dann der dritte Punkt: Da die Zeitung [*Novaya Gazeta – dek*] Menschen aus schwierigen Lebenslagen herausholt und unter anderem Menschen mit seltenen Erkrankungen hilft, ist in diesem Bereich eine Zusammenarbeit mit dem Staat möglich und sogar notwendig. Und auch hier steht Muratow in einem harten Konflikt mit jenen, die meinen, dass man nicht einmal für ein

gerettetes Menschenleben eine Zusammenarbeit mit dem Regime eingehen sollte, etwa mit dem Bankier Andrej Kostin. Der Chefredakteur meint aber, dass man es doch sollte.

Diejenigen, die beschlossen haben, den Friedensnobelpreis an Muratow zu vergeben, kennen natürlich all diese Nuancen nicht und müssen das auch nicht. Das sind unsere Streitereien, die sich zugespitzt haben durch die Demoralisierung der Protest-, Oppositions- und einfach der Bürgerbewegung nach den Repressionswellen und dem massenhaften Einsatz restriktiver Gesetzgebung. Gerade dieser Umstand ist dem Nobelkomitee gleichwohl klar: In Russland braucht vor allem die Meinungsfreiheit Unterstützung. Für deren Entstehen Menschen ins Gefängnis kommen und ermordet werden.

In einem Redaktionsraum der *Novaya Gazeta* hängen Fotografien jener Redaktionsmitglieder an der Wand, die für die Ausübung ihrer beruflichen Pflicht und den Einsatz für Menschenrechte getötet wurden. Wenn Tag für Tag eine solche Mahnung über deinem Kopf hängt, dann verstehst du besser als andere, welchen Preis diese Art von Journalismus hat.

Die Gallionsfigur der *Novaya Gazeta* ist Anna Politkowskaja. Sie ist ein Symbol dafür, wie der Staat seiner Pflicht nicht nachkommt, seine Bürger und die ihnen garantierte Meinungsfreiheit zu schützen. Einen Tag vor der Bekanntgabe der Friedensnobelpreisträger wurde in der Zeitung an Politkowskaja erinnert, am 15. Jahrestag ihrer Ermordung und im Zusammenhang mit der abgelaufenen Verjährungsfrist für die Untersuchung dieses Verbrechens. Im Grunde ist auch Anna Politkowskaja, zusammen mit Muratow, Trägerin dieses Preises.

Während seiner gesamten Karriere hat Muratow die unbequemsten Wahrheiten über die Staatsführung und jene Menschen ans Tageslicht gezerzt, die unrechtmäßig von ihr genährt werden. Er hat endlos Menschen aus den

schwierigsten Lebenslagen herausgeholt, unter anderem, als man seine Mitarbeiter direkt vor dem Redaktionsgebäude verhaftet hatte. Manchmal ist schwer zu verstehen, wo für ihn die Verteidigung von Menschenrechten aufhört und wo Journalismus anfängt, und umgekehrt.

Nobelpreis für Muratow, Schutz für Nawalny

Er ist ein Mensch, der sich mit einem Minister mit Schulterklappen an einen Tisch setzen und ihn davon überzeugen kann, dass er, Muratow, Recht hat. Oder an einen Tisch vis-a-vis Wladimir Putin, um ihm eine Frage zur Sache zu stellen – und nicht »Wie lange noch?« und nicht im Format des *Direkten Drahtes*. Sondern eine, die der erste Mann im Staate nicht erwartet. Weil diese Frage gehaltvoll ist, nach Entscheidungen verlangt und gewisse Neuigkeiten in sich birgt.

Diese Eigenschaften Muratows und seiner Zeitung blieben nicht unbemerkt. Der Preis wurde einem Journalisten verliehen, zusammen mit einer weiteren Journalistin, auch aus einem Land, in dem die Meinungsfreiheit in Gefahr ist. Er wurde dem Chefredakteur einer Zeitung verliehen, die sich stets der Staatsmacht entgegenstellt, sich für Menschenrechte einsetzt und in Russland das Genre des investigativen Journalismus begründet hat. Ja, er wurde nicht Alexej Nawalny verliehen, sondern einem Menschen, der im Land die personifizierte Meinungsfreiheit ist. Und diese ist höchst bedeutend dafür, dass Nawalny – der wichtigste Widersacher der Staatsmacht – nicht in einem Informationsvakuum bleibt, also nicht ohne Schutz durch die Öffentlichkeit.

Das ist die Logik. Sowohl aus Sicht des Westens als auch nach unserem eigenen Verständnis.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Andrej Kolesnikow leitet das Programm für russische Innenpolitik und politische Institutionen am Moskauer Carnegie Centre. In seiner beruflichen Laufbahn war er unter anderem bereits Chefredakteur der »Nowaja Gaseta«, stellvertretender Chefredakteur der »Iswestija« und von »The New Times«. Nebenbei schreibt er als Kolumnist auch für Zeitungen wie »Wedomosti« oder »Gazeta.ru«. Kolesnikow ist Vorstandsmitglied der Jegor-Gajdar-Stiftung und arbeitet mit dem Jegor-Gajdar-Institut für Wirtschaftspolitik zusammen.

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekode.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekode für die Erlaubnis zum Nachdruck.

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 27. September – 09. Oktober 2021

27.09.2021	Das russische Gesundheitsministerium genehmigt den Beginn der klinischen Studie eines von »Betuwax«, Institut für menschliche Stammzellen (russ. Institut stolowych kletok tscheloweka, ISKTSCH) entwickelten Covid-19-Impfstoffs. Das Vakzin enthält ein künstlich hergestelltes Coronavirus-Fragment und gehört deshalb nicht zur Klasse der Vektor-Impfstoffe. »Betuwax« gehört zum biomedizinischen Cluster der »Skolkowo«-Stiftung.
28.09.2021	In Russland versterben innerhalb von 24 Stunden 852 Menschen an Covid-19. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der Pandemie im März 2020. Mit 826 verstorbenen Patienten war das letzte Mal am 24. September ein solcher Höchstwert registriert worden.
29.09.2021	In Russland versterben innerhalb von 24 Stunden 857 Menschen an Covid-19. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der Pandemie im März 2020. Mit 852 verstorbenen Patienten war das letzte Mal am Vortag ein solcher Höchstwert registriert worden.
29.09.2021	Das Moskauer Rathaus erlässt Prämien für Mitarbeiter medizinischer Organisationen, die mehr Menschen gegen Covid-19 impfen als vorgesehen. Bis zum 31. Dezember 2021 wird eine Prämie von 200 Rubel (etwa 2,35 Euro) für jede Person zwischen 18 und 60 Jahren und 400 Rubel (etwa 4,70 Euro) für jede Person über 60 Jahren gezahlt.
29.09.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin beendet seine 14-tägige Quarantäne. Er war Mitte September nach Kontakt mit an Covid-19 erkrankten Personen in Selbstisolation gegangen.
30.09.2021	97 Prozent der Covid-19-Infektionen waren im September auf die sogenannte »Delta-Variante« des Virus zurückzuführen, so Anna Popowa, Leiterin der russischen Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor«.
01.10.2021	In Sankt Petersburg wird ein weiteres Krankenhaus zur Behandlung von Covid-19-Patienten seine Arbeit aufnehmen. Es bietet zusätzlichen Platz für 988 Patienten. Die Zahl der verfügbaren Betten ist innerhalb der vergangenen Woche auf 13 Prozent gesunken.
01.10.2021	In der Oblast Swerdlowsk wird eine Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeführt. Ab dem 05. Oktober 2021 sind alle Beschäftigten im Bildungswesen, im Dienstleistungssektor sowie Angestellte im öffentlichen Dienst aufgefordert, sich impfen zu lassen. Begründet wird dieser Schritt mit einem starken Anstieg der Infektionszahlen sowie einer Zunahme der Anzahl der schweren Krankheitsverläufe.
03.10.2021	Die Behörden der russischen Republik Krim melden mit 421 Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden die höchste Anzahl seit Beginn der Coronavirus-Pandemie im März 2020. Die bisher höchste Zahl wurde am 17. Juli 2021 gemeldet. Insgesamt wurde bei 80.000 Menschen in der Republik Covid-19 diagnostiziert, mehr als 2.600 Patienten verstarben.
03.10.2021	Der Gesundheitsminister der Oblast Nishnij Nowgorod, Dawid Melik-Gusejnow, wurde positiv auf Covid-19 getestet. Dies melden die Behörden der Oblast. Er befindet sich in häuslicher Isolation. Melik-Gusejnow erhielt bereits im Juni 2021 eine Auffrischungsimpfung gegen Covid-19.
04.10.2021	In Russland wird mit 25.781 Fällen die höchste Zahl an Covid-19-Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden seit dem 02. Januar 2021 gemeldet. Die meisten Fälle meldet Moskau mit 4.410, in Sankt Petersburg gibt es 2.198 Neuinfektionen. Insgesamt gab es 883 Todesfälle.
04.10.2021	In der Oblast Wladimir gelten aufgrund des Anstiegs der Covid-19-Fallzahlen erneut Beschränkungen für Großveranstaltungen mit einer Teilnehmerzahl von mehr als 500 Personen. Erlaubt sind nur noch Veranstaltungen im Bildungs-, Kultur- und Sportbereich mit einer Auslastung der Veranstaltungsstätte von höchstens 50 Prozent. Teilnehmen dürfen nur Geimpfte oder Genesene. In den vergangenen 24 Stunden wurden in der Oblast 223 neue Covid-19-Fälle gemeldet.
04.10.2021	In der Oblast Pensa gilt aufgrund der steigenden Covid-19-Fallzahlen erneut ein Verbot für Massenveranstaltungen. Außerdem wird die Kontrolle der Covid-19-Präventivmaßnahmen intensiviert.
04.10.2021	In der russischen Republik Udmurtien gelten aufgrund steigender Covid-19-Fallzahlen ab dem 11. Oktober 2021 wieder Beschränkungen des öffentlichen Lebens. Massenveranstaltungen werden verboten, außerdem ist der Verkauf von Speisen in der Zeit von 23 Uhr bis 7 Uhr morgens nicht erlaubt.
06.10.2021	Die Zahl der innerhalb von 24 Stunden an Covid-19 verstorbenen Patienten steigt das erste Mal seit Beginn der Pandemie im März 2020 mit 929 Personen auf über 900. Insgesamt gab es in Russland nach offiziellen Angaben seit Beginn der Pandemie 212.625 Todesopfer.
06.10.2021	Die Vereinigten Arabischen Emirate lassen den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik Light« zu. Das Vakzin wurde zum Einsatz in Hochrisikogebieten zur Herstellung einer schnellen Herdenimmunität entwickelt. Seine volle Wirksamkeit entfaltet es bereits nach einer Impfdosis. Die Wirkung hält allerdings nur sechs Monate an.

06.10.2021	In der Oblast Woronesh wird eine Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeführt. Davon betroffen sind unter anderem Beschäftigte im Bildungs- und Sozialwesen, im öffentlichen Personennahverkehr, im Einzelhandel und in der Gastronomie. Geplant ist, Angehörige der betreffenden Bevölkerungsgruppen bis Dezember 2021 vollständig zu impfen.
06.10.2021	In der Oblast Wologda wird eine Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeführt. Davon betroffen sind unter anderem Beschäftigte im Bildungs- und Sozialwesen, im öffentlichen Personennahverkehr, im Einzelhandel und in der Gastronomie. Bis zum 25. Dezember 2020 sollen Angehörige dieser Gruppen die zweite Impfdosis erhalten haben.
07.10.2021	Aufgrund steigender Covid-19-Infektionszahlen verschärft die russische Republik Baschkortostan erneut die geltenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens. Der Besuch von Kultureinrichtungen und Sportveranstaltungen ist nur noch mit negativem PCR-Test, einer Impfbescheinigung oder einem Nachweis der Genesung gestattet. Ab dem 12. Oktober 2021 gilt diese Maßnahme zusätzlich unter anderem für Einkaufszentren, Überlandbusse und Bibliotheken, ab dem 18. Oktober 2021 kommen Schönheitssalons, Schwimmbäder und Gastronomiebetriebe hinzu.
07.10.2021	In der Oblast Pensa wird eine Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeführt. Davon betroffen sind unter anderem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, bei der Post und im Gesundheits- und Bildungswesen. Angehörige dieser Gruppen sollen bis zum 15. Dezember 2021 die zweite Impfdosis erhalten.
08.10.2021	Zum sechsten Mal in Folge wird in der Autonomen Republik Krim mit 472 Fällen die höchste Zahl an Covid-19-Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020 gemeldet. Insgesamt gab es in der Region bisher 83.000 Infektionsfälle, 2.600 Patienten starben. 520.000 Einwohner sind bisher gegen Covid-19 geimpft. Die Regierung reagiert auf den neuerlichen Anstieg der Fallzahlen mit einer Verschärfung der geltenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Arbeitgeber werden verpflichtet, Menschen über 65 Jahre ins Homeoffice zu versetzen, die Hälfte der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst müssen ebenfalls von zuhause arbeiten. Firmen, in denen weniger als 80 Prozent der Mitarbeiter geimpft sind, müssen ihre Belegschaft einmal wöchentlich auf Covid-19 testen lassen.
08.10.2021	Die autonome Republik Tschuwaschien führt eine verpflichtende Covid-19-Impfung für bestimmte Bevölkerungsgruppen ein. Davon betroffen sind unter anderem Lehrer, medizinisches Personal und Beamte. Geplant ist, mindestens 80 Prozent der betroffenen Personen bis zum 1. Dezember 2020 vollständig zu impfen.
08.10.2021	Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum steigt die Sterblichkeitsrate im August 2021 um 32,5 Prozent an. Dies teilt die stellvertretende Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa mit. 81,7 Prozent vom Gesamtanstieg der Sterblichkeit entfallen auf Todesfälle durch Covid-19.
09.10.2021	In der Oblast Rostow wird eine Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeführt. Dies betrifft unter anderem Beschäftigte im Hotel- und Gaststättengewerbe und in der Industrie. Betroffene Personen sollen bis zum 01. Dezember 2021 vollständig geimpft sein.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

CHRONIK

28. September – 08. Oktober 2021

28.09.2021	Das russische Ermittlungskomitee leitet ein weiteres Strafverfahren gegen Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj und mehrere seiner Mitarbeiter ein. Gegen sie wird wegen der »Gründung und Leitung einer extremistischen Organisation« ermittelt. Der von Alexej Nawalnyj gegründete »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) war im Mai 2021 als extremistisch verboten worden. Nawalnyj sitzt seit Januar 2021 in Haft wegen Verstoßes gegen die Bewährungsaufgaben aus einem Urteil aus dem Jahr 2015.
28.09.2021	Die Videoplattform YouTube sperrt die deutschsprachigen Kanäle des russischen Senders RT. Begründet wird dieser Schritt mit Verstößen gegen die Richtlinien der Plattform und der Veröffentlichung von Desinformation im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie. Die russische Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor drohte YouTube daraufhin mit einer Blockade in Russland. Der Mutterkonzern Google habe gegen die »Grundprinzipien der freien Verbreitung von Informationen und des ungehinderten Zugangs dazu« verstoßen.

29.09.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan treffen sich zu Gesprächen in Sotschi. Vor dem Treffen lobt Putin die Zusammenarbeit mit der Türkei und verweist dabei auf die Pipeline Turkish Stream, durch die Erdgas aus Russland in die Türkei gepumpt wird. Erdogan äußert seine Sorge über die Lage in Syrien und betont die wichtige Rolle Russlands in dem Konflikt.
29.09.2021	Das russische Justizministerium nimmt 20 weitere Personen in die Liste sogenannter »ausländischer Agenten« auf, darunter Pjotr Wersilow, Herausgeber des Online-Mediums Mediazona, sowie Sergej Smirnow, dessen Chefredakteur. Darüber hinaus wird auch die Nichtregierungsorganisation OWD-Info zum »ausländischen Agenten« erklärt.
30.09.2021	Das Moskauer Stadtgericht verschärft die am 03. August 2021 vom Preobraschenskij-Bezirksgericht gegen Oppositionspolitikerin Ljubow Sobol verhängte Strafe. Sie war wegen der Verletzung von Hygienevorschriften auf einer nicht genehmigten Protestaktion zur Unterstützung von Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj im Januar 2021 zu Freiheitseinschränkungen in einem Zeitraum von eineinhalb Jahren verurteilt worden. Das ursprüngliche Urteil verpflichtete Sobol zur Anmeldung von Reisen außerhalb des Moskauer Gebiets, im neuen Urteil wird als Bedingung für solche Reisen eine Genehmigung der Behörden vorausgesetzt. Sobol befindet sich seit Mitte August im Ausland.
01.10.2021	Der Gouverneur der Oblast Wladimir, Wladimir Sipjagin, reicht seinen Rücktritt ein. Sipjagin war seit Oktober 2018 Gouverneur der Oblast. Bei den Dumawahlen im September 2021 hatte er für die Liberal-demokratische Partei Russlands (LDPR) kandidiert und zieht nun als Abgeordneter in die Staatsduma ein.
04.10.2021	Die Zentrale Wahlkommission der Russischen Föderation hat nach Prüfung von 5.456 Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei der Dumawahl vom 17. bis 19. September 2021 nur neun Prozent als berechtigt bestätigt. Ella Pamfilowa, Leiterin der Zentralen Wahlkommission, betonte in diesem Zusammenhang, dass der größte Teil der Eingaben von Kandidaten und nicht von den Wählern selbst gemacht wurde.
04.10.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin ernennt Alexandr Awdejew zum Interims-Gouverneur der Oblast Wladimir. Der bisherige Gouverneur, Wladimir Sipjagin, hatte seinen Rücktritt eingereicht, da er nach der Dumawahl als Abgeordneter ins russische Parlament einzieht. Er war seit 2018 Gouverneur der Oblast gewesen.
04.10.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin ernennt Maksim Jegorow zum Interims-Verwaltungsoberhaupt der Oblast Tambow. Alexandr Nikitin, seit 2020 Oberhaupt der Oblast, hatte zuvor seinen Rücktritt eingereicht.
06.10.2021	Die Nato entzieht acht russischen Diplomaten die Akkreditierung. Sie stehen im Verdacht, für russische Geheimdienste gearbeitet zu haben. Außerdem wird die maximale Anzahl der russischen Vertretung von 20 auf zehn Personen reduziert.
07.10.2021	Der russische Verteidigungsminister, Sergej Schojgu, begründet die Verlegung eines mobilen Flugabwehrregiments in den östlichen Militärbezirk mit der Bedrohung der Sicherheit Russlands. Bis Ende 2021 sei geplant, rund 1.600 Waffeneinheiten in den Bezirk zu verlegen.
07.10.2021	Wladimir Wassiljew wird neuer Fraktionsvorsitzender der Regierungspartei Einiges Russland in der Staatsduma. Der Fraktion gehören 326 Abgeordnete an, Wassiljew wurde einstimmig gewählt. Am 01. Oktober war er im Zusammenhang mit seiner Wahl in die Staatsduma von seinem Posten als Berater des russischen Präsidenten, den er seit Oktober 2020 innehatte, entbunden worden.
07.10.2021	Die Fraktion der Regierungspartei Einiges Russland bestätigt den bisherigen Sprecher der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, in seinem Amt. Wolodin ist seit 2016 Vorsitzender der Staatsduma.
08.10.2021	Der Friedensnobelpreis 2021 wird an den Mitbegründer und Chefredakteur der russischen Zeitung Nowaja Gaseta, Dmitrij Muratow, und an die philippinische Journalistin Maria Ressa verliehen. Das norwegische Nobelpreiskomitee begründet seine Entscheidung mit Muratows und Ressas Kampf für Meinungsfreiheit als Voraussetzung für eine dauerhafte Demokratie und dauerhaften Frieden. Der Preis ist mit insgesamt 985.000 Euro dotiert.
08.10.2021	Das russische Justizministerium nimmt das Investigativmedium Bellingcat sowie elf natürlich Personen in die Liste sogenannter »ausländischer Agenten« auf. Bellingcat war an den Recherchen zum Absturz der malaysischen Boeing über der Ostukraine im Jahr 2014 sowie zum Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julija im britischen Salisbury im Jahr 2018 beteiligt.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Florian Kübler
Chronik: Alena Schwarz
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>